

DStGB DOKUMENTATION N° 132

Gemeinden mit Aussicht



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund
www.dstgb.de

VORWORT DES DEUTSCHEN STÄDTE- UND GEMEINDEBUNDES



Dr. Gerd Landsberg,
Geschäftsführendes
Präsidialmitglied des
Deutschen Städte-
und Gemeindebundes

Stadt braucht Land – Land braucht Stadt

Politik und Medien schauen gerne auf die Großstädte. Dieser Blick vernachlässigt, dass Deutschland stark vom ländlichen Raum und den Mittel- und Kleinstädten geprägt ist. Dort ist über die Hälfte der Menschen zuhause. Dort finden sie die Heimat, mit der sie eng verbunden sind.

Die Politik muss deshalb beides im Blick haben: Stadt und Land. Der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands beruht traditionell auf dem guten Miteinander von Stadt und Land. Ein Großteil der Arbeitsplätze, gerade des Mittelstandes als Rückgrat der Deutschen Wirtschaft befindet sich nicht in den Metropolen, sondern im ländlichen Raum.

Die Wirtschaft im ländlichen Raum hat Zukunft: Die Digitalisierung und die damit einhergehende Dezentralisierung von Produktionsstandorten. Eine Energiewende, die den ländlichen Raum von einem nachgeordneten Verbrauchstandort zu einem nachhaltigen Produktionsstandort werden lässt. Der Trend zum Kulturtourismus. Dies alles sind Beispiele dafür, dass Wertschöpfung in diesen Regionen gehalten und sogar ausgebaut werden kann.

Die Herausforderungen des demografischen Wandels treffen Stadt und Land. Unser Grundgesetz garantiert gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen. Daran müssen wir festhalten, nicht zuletzt, um ein klares Signal zu setzen für die aktive Bürgergesellschaft und ihre lokalen Initiativen, die das Leben in ländlichen Räumen attraktiv gestalten.

In dieser Dokumentation finden sich Beispiele aus den unterschiedlichsten Bereichen der kommunalen Praxis. Sie zeigen sehr deutlich, dass es unzählige „Gemeinden mit Aussicht“ gibt und welch großes Maß an Kreativität in den ländlichen Räumen und ihren Bewohnern zu finden ist.

Diese Auswahl aus den unterschiedlichen kommunalen Aktionsfeldern soll Ideen für die Arbeit vor Ort in den Städten und Gemeinden liefern und dazu beitragen, die Lebensqualität in Stadt und Land noch weiter zu verbessern. Denn für einen starken Standort Deutschland gilt: Stadt braucht Land, Land braucht Stadt!

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre!

Ihr Dr. Gerd Landsberg

IMPRESSUM

Herausgeber

Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB)

Redaktion



Timm Fuchs,
Beigeordneter,
DStGB



Carsten Hansen,
Referatsleiter,
DStGB

Autoren

Angles, Antje; Bader, Christian; Böhm, Rita; Donko, Hans; Dopfer, Marion; Erb, Birgit; Fenske, Hanna; Fischer, Bernd; Frey, Heinz; Fuchs, Timm; Fröhlich, Klaus; Gerwers, Christoph; Grasl, Michael; Hansen, Carsten; Heintel, Marcus; Hien, Franz; Homburg, Andreas; Kiebler, Sven; Kiendl, Christian; Klünder, Hauke; Landsberg, Dr. Gerd; Lembach, Jan; Löffler, Klaus; Mainka, Markus; Marnich, Miriam; Mittl, Maria; Dr. Muschwitz, Christian; Peter, Theo; Rachenpöhler, Miriam; Rampoldt, Thomas; Rosenbauer, Bernd; Salmon, Carolin; Schnura, Stephanie; Schwab, Christian; Schütz, Lukas; Strang, Kurt; Sylvester, Anja; Walter, Bernhard; Wölfle, Josef.

Unser besonderer Dank gilt den Autoren der Praxisbeispiele sowie den Mitgliedsverbänden des Deutschen Städte- und Gemeindebundes für ihre Unterstützung!

INHALT

Einführung	4	V	Megatrend Landtourismus	
Rolle der Städte und Gemeinden für die Lebensqualität in ländlichen Räumen			Das Beispiel der Gemeinde Dahlem (Eifel) <i>Der Generationenpark – ein gemeinsamer Platz für Jung und Alt</i>	21
Interview mit Dr. Gerd Landsberg zur Herausforderung „Demografischer Wandel“	4		Das Beispiel der Gemeinde Blankenheim <i>Auf den Spuren der Römer – Tourismuspotenziale auf dem Land nutzen</i>	22
Beispiele nach Handlungsfeldern			Das Beispiel der Stadt Rees <i>Touristische Potenziale erkennen und touristisches Profil stärken</i>	23
I			Das Beispiel der Gemeinde Altenmünster <i>Vielfältige Landschaft mit dem Fahrrad entdecken</i>	24
Das Wohnen auf dem Land attraktiver gestalten		VI	Energiewende – Last und Lust	25
Das Beispiel der Gemeinde Hiddenhausen <i>Projekt „Jung kauft Alt – Junge Menschen kaufen alte Häuser“</i>	6		Das Beispiel der Stadt Gummersbach (Ortsteil Lieberhausen) <i>CO₂-neutrale Wärmeversorgung</i>	26
Das Beispiel der Gemeinde Münsing <i>Modell der verdichteten Bebauung in der Ortsmitte</i>	7		Das Beispiel Markt Schierling <i>Lokale Energiewende an die Stammtische</i>	27
Das Beispiel der Stadt Rees <i>Sanieren, modernisieren, neu bauen – Rahmenbedingungen für junge Familien optimieren</i>	8	VII	Mission Medizin	
Das Beispiel der Gemeinde Altenmünster <i>Klare Strategie zur Steigerung der Attraktivität und Lebensqualität für Jung und Alt</i>	9		Das Beispiel der Gemeinde Büsum <i>Das Modell der Gemeinschaftspraxis für den ländlichen Raum</i>	28
Das Beispiel der Gemeinde Steinbach am Wald <i>„Alles aus einer Hand“ – Qualität durch Vernetzung und Kooperation</i>	10		Das Beispiel Markt Schierling <i>Fachärzte aufs Land gebracht</i>	29
II		VIII	Wirtschaftswunder Land	
Einzelhandel auf dem Land			Das Beispiel der Steinwald-Allianz <i>Gemeinsam die Region voranbringen – Ökomodellregionen</i>	30
Das Beispiel der Stadt Jülich (Ortsteil Barmen) <i>Moderner Tante-Emma-Laden als neuer Ortsmittelpunkt</i>	11		Das Beispiel des Markts Oberelsbach <i>Umwelt und Natur als Standortfaktor – Wandel hin zur Umweltgemeinde</i>	31
Das Beispiel der Gemeinde Rögling <i>Mit Anteilsscheinen zum eigenen Dorfladen</i>	12		Das Beispiel der Gemeinde Steinbach am Wald <i>Positive Auswirkungen niedriger Gewerbesteuerhebesätze</i>	32
Das Beispiel der Gemeinde Haldenwang <i>„Einkaufen, wo wir zu Hause sind“ – die Dorfladen Börwang GmbH</i>	13		Das Beispiel der Marktgemeinde Kinding (Ortsteil Haunstetten) <i>„Was sich der Nachbar zutraut, kann ich auch!“</i>	33
III			Das Beispiel der Gemeinde Altenmünster <i>Stabiles Gewerbe durch ortsnahe Gewerbegebiete</i>	34
Neue Wege für Mobilität		IX	Landlust – Freizeit und Lebenskultur auf dem Land	
Das Beispiel des Landkreises Uckermark <i>Nächster Halt: Lebensqualität – Linienverkehr als Motor für Daseinsvorsorge und Regionalentwicklung</i>	14		Das Beispiel der Gemeinden Haselund, Löwenstedt, Norstedt und Sollwitt <i>Gemeindeübergreifend denken und dauerhafte gemeinsame Handlungsstrukturen anstoßen</i>	35
Das Beispiel der AktivRegion Südliches Nordfriesland <i>Das JugendMobil – Mehr Mobilität für Kinder und Jugendliche</i>	15		Das Beispiel der Stadt Gummersbach (Ortsteil Hülsenbusch) <i>Dorfkneipe „in Bürgerhand“</i>	36
Das Beispiel der Verbandsgemeinde Traben-Trarbach <i>Der Seniorenbus – Mobilitätskonzept für ältere Menschen</i>	16		Zentrale Forderungen des DStGB für ländliche Räume	38
Das Beispiel der Verwaltungsgemeinschaft Volkach <i>Bürgerbus auf der Grundlage bürgerschaftlichen Engagements</i>	17			
Das Beispiel der Stadt Rheinbach <i>Der Stadthüpfel – Eine Ergänzung des bestehenden ÖPNV</i>	18			
IV				
Surfen auf dem Dorf				
Das Beispiel der Stadt Arnsberg <i>Erster Meilenstein auf dem Weg hin zur „Digitalen Stadt“</i>	19			
Das Beispiel der Gemeinde Altenmünster <i>Vom weißen Fleck der T-DSL Anbindung zur fast flächendeckenden Versorgung</i>	20			

Einführung

Rolle der Städte und Gemeinden für die Lebensqualität in ländlichen Räumen



INTERVIEW MIT DR. GERD LANDSBERG ZUR HERAUSFORDERUNG „DEMOGRAFISCHER WANDEL“

1. Die Kommunen haben die Aufgabe, eine Grundversorgung sicherzustellen, in den Städten und auch auf dem Land. Dazu gehört neben der öffentlichen Verkehrsanbindung auch die Grundversorgung der Bürger. Doch in vielen ländlichen Regionen werden die Einwohner weniger und die Angebote immer dünner. Werden diese Regionen abgehängt?

Die Regionen dürfen nicht abgehängt werden. Der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands, aber auch unsere kulturelle Vielfalt beruht auf dem guten Miteinander von Stadt und Land. Ein Großteil der Arbeitsplätze, gerade des Mittelstands als Rückgrat der deutschen Wirtschaft, befindet sich nicht in den Metropolen, sondern im ländlichen Raum. Der Wandel zur Informationsgesellschaft und die damit verbundene Wertschöpfung hängt nicht an einem großen Produktionsstandort, sondern lässt sich auch im ländlichen Raum umsetzen. Die Energiewende ist ein weiteres wichtiges Beispiel, wie Wertschöpfung im ländlichen Raum stattfindet. Die Herausforderungen des demografischen Wandels treffen Stadt und Land. Unser Grundgesetz garantiert gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen. Daran werden wir festhalten.

Das Interview wurde mit Ines Kluth von der VdK-Zeitung geführt und in der April-Ausgabe 2015 der VdK-Zeitung veröffentlicht.

2. Der Handlungsspielraum für Kommunen wird kleiner, wenn die Einwohnerzahlen sinken. Welche Möglichkeiten haben Kommunen dennoch, Leben auf dem Land attraktiv zu gestalten?

Nicht jedes Dorf in Deutschland kann eine Künstlerkolonie werden. Gleichwohl gibt es erhebliche Potenziale im ländlichen Raum, die auch bei sinkender Einwohnerzahl noch mehr ausgeschöpft werden können. Dazu gehört die gerade in den Dörfern ausgeprägte aktive Bürgergesellschaft, die ein unverzichtbarer Baustein ist, um das Leben attraktiv zu gestalten. Das beginnt mit dem Genossenschaftsladen, der gleichzeitig zum Begegnungszentrum wird, geht über den Betrieb einer von den Bürgern organisierten Windenergieanlage bis hin zum Schwimmbadbus, der gewährleistet, dass man sich mit der Nachbargemeinde kostengünstig ein gemeinsames Schwimmbad teilt. Die kommunale Kooperation ist eine große Chance, die Potenziale zu bündeln und das Leben attraktiv zu gestalten.

3. Es gibt in einigen ländlichen Regionen schon verschiedene Lösungsansätze, Bürgerbusse oder die Ergänzung des öffentlichen Nahverkehrs durch private Mitfahrgelegenheiten. Oft handelt es sich um Modellprojekte, die finanziell bezuschusst werden. Was braucht ein Konzept, um auf eigenen Füßen zu stehen?

Land und Bund müssen die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, dass derartige Konzepte dauerhaft etabliert werden können. Dazu gehören zum Beispiel Ärztezentren, Mehrfachstandorte von ärztlichen Praxen, die Möglichkeit, zum Beispiel für junge Ärzte Teilzeitbeschäftigungen zu ermöglichen und dafür bereits bei Medizinstudentinnen und Studenten zu werben. Unverzichtbar ist allerdings, dass die Versorgung mit schnellem Internet flächendeckend organisiert wird. Wie früher die Straßen ist heute eine schnelle Breitbandanbindung eine unverzichtbare Lebensader für die Wirtschaft und die Menschen im ländlichen Raum.

4. Gibt es herausragende Beispiele, die zeigen, dass der demografische Wandel nicht das Todesurteil für ländliche Räume, sondern auch eine Chance sein kann?

In ganz Deutschland gibt es ländliche Regionen, die erfolgreich den demografischen Wandel angehen. Dazu gehört eine Leitbildentwicklung, in welcher die Stärken und die Schwächen einer Region erfasst werden. Die Entwicklungspotenziale können dann entsprechend gefördert werden. Das sollten die Kommunen jeweils gemeinsam mit den anderen Gemeinden und dem Kreis in der Region entwickeln. Wichtig ist es dabei, möglichst Alleinstellungsmerkmale zu fördern. Als besonders gute Beispiele

sind hier insbesondere Tourismusansätze zu nennen, die natürlich von den örtlichen Gegebenheiten abhängen. Das kann der Fahrrad-, der Wander-, der Boots- aber auch der Camping- oder Kulturtourismus sein.

5. Gerade ältere Menschen, die nicht mehr mobil sind, haben es auf dem Land schwer. Anfangen vom Arzt bis zu Einkaufsmöglichkeiten, müssen sie teilweise weite Wege zurücklegen. Manche haben schon jahrelang keinen Facharzt mehr gesehen, weil es in ihrer Nähe keinen mehr gibt. Haben diese Menschen nur noch eine Perspektive: wegziehen?

Sowohl in der Stadt wie auf dem Land müssen wir uns darauf einstellen, dass die Menschen älter werden und sich damit auch die Anforderungen ändern. Der Arztbesuch und die ärztliche Versorgung insgesamt bekommen einen höheren Stellenwert. Deswegen brauchen wir zusätzliche Anreize, dass Allgemeinmediziner, aber auch Fachärzte auch in den Regionen bleiben beziehungsweise dort Praxen eröffnen. Gerade weil wir in manchen Metropolen eine Überversorgung mit Ärzten haben, muss hier eine neue Verteilung stattfinden. Das sollte schon in der medizinischen Ausbildung beginnen. Studentinnen und Studenten sollten ein verpflichtendes Praktikum bei einem Arzt im ländlichen Raum absolvieren. Vereinzelt sind Kommunen schon dazu übergegangen, dies durch Stipendien zu fördern. Bei älteren Menschen nimmt im höheren Alter die individuelle Mobilität ab und damit gewinnt der öffentliche Personennahverkehr eine größere Bedeutung. Dem kann man zum Beispiel auch dadurch Rechnung tragen, dass der Fahrplan auch auf die Sprechstundenzeiten des Facharztes in der Nachbarstadt abgestimmt wird. Auch die zunehmenden Möglichkeiten der Telemedizin bieten ein großes Potenzial, die flächendeckende ärztliche Versorgung zu verbessern.

6. Bisher schien die Lösung einfach: „Das eigene Heim ist die beste Altersvorsorge“. Nur stimmt auch das nicht mehr. Das Eigenheim auf dem Lande ist oft sanierungsbedürftig, nicht barrierefrei. Und es liegt weitab. Damit ist es meist unverkäuflich, selbst wenn das die derzeitige Flucht in Immobilienwerte verschleiern. Wer möchte schon in einer Gegend wohnen, die dramatisch unterversorgt ist?

Wenn der ländliche Raum revitalisiert wird und Politik sowie Bürgerinnen und Bürger sich Chancen erarbeiten, wird erfahrungsgemäß auch der Wert von Immobilien wieder steigen. Andererseits sollte man sowohl in der Stadt wie auf dem Land nicht generell die Erwartung haben, dass das eigene Heim in jedem Fall die alleinige und beste Altersvorsorge ist.

7. Kann der ländliche Raum nur überleben, wenn von irgendwoher Tausende Arbeitsplätze kommen? Oder wenn zusammengelegt wird, was sich zusammenlegen lässt?

Es ist nicht zu erwarten, dass tausende von Arbeitsplätzen plötzlich im ländlichen Raum entstehen. Gleichwohl beobachten wir eine zunehmende Dezentralisierung der Wirtschaft. Das gilt zum Beispiel für die großen Verteilungszentren im Rahmen des Onlinehandels, für Anlagen der alternativen Energieerzeugung, aber auch für Tourismusstrukturen. Dies, in Kombination mit einer verstärkten Kooperation zwischen den Kommunen, ist sicher eine Chance.

8. Wäre eine neue Bürgergesellschaft für die Provinz eine Möglichkeit? Mit Menschen, die ihre Dörfer selbst betreiben? Oder ist das pure Theorie und praktisch nicht umsetzbar?

Aus meiner Sicht gibt es gerade in den ländlichen Räumen, aber auch in den Mittelstädten, längst eine eigene Performance der Bürgergesellschaft. Dazu gehört eine ausgeprägte Nachbarschaftskultur, ein besonders aktives Vereinsleben und ein ausgeprägtes Wir-Gefühl. Die Bereitschaft „selbst Hand anzulegen“ und zum Beispiel beim Bau des Kindergartens mitzuwirken oder den Dorfladen gemeinsam zu betreiben, ist hier deutlich ausgeprägter als in den meisten Großstädten. Dementsprechend ist häufig auch die soziale Situation der Menschen günstiger, weil sie sich bei Schwierigkeiten in der Gemeinschaft aufgehoben wissen. Es ist Aufgabe der Kommunalpolitik, diese Ansätze zu stärken. Gleichzeitig dürfen Bund und Länder den ländlichen Raum und seine Bedeutung für die Zukunft unserer Gesellschaft nicht aus den Augen verlieren.

9. Wie wird aus Ihrer Sicht die typische ländliche Region 2030 aussehen?

Auch 2030 wird es die typische ländliche Region in Deutschland nicht geben. Gerade weil die Menschen vor den Herausforderungen der Globalisierung und den neuen Anforderungen der Informationsgesellschaft auch Ängste entwickeln, wird die Sehnsucht nach einem überschaubaren Raum, in dem ich mich geborgen fühle, im Einklang mit der Natur und der Umwelt leben kann, eher zunehmen. Wenn wir die politischen Weichen richtig stellen, wird auch der ländliche Raum in Deutschland eine gute Zukunft haben. Ein weltweiter Vergleich macht deutlich, dass Staaten, in denen sich alles auf wenige Metropolen konzentriert, weniger erfolgreich sind und häufig vor großen sozialen und Umweltproblemen stehen. Eine Landflucht, wie in diesen Staaten, sollten wir vermeiden.

Beispiele nach Handlungsfeldern

I Das Wohnen auf dem Land attraktiver gestalten

Für Städte und Gemeinden sind die Lebensbedingungen für Familien von fundamentaler Bedeutung. Ohne Familien mit Kindern haben die Kommunen auf Dauer keine Zukunft. Der demografische Wandel wirkt sich in ländlichen Regionen besonders spürbar aus. In wachsenden Regionen steigt die Nachfrage nach Wohnungsneubauten und geeignete Flächen können knapp werden. In schrumpfenden Regionen entstehen Leerstände und sinken die Immobilienwerte, Infrastrukturen werden reduziert. Es kann ein Kreislauf sinkender Attraktivität des Wohnumfelds und weiterer Abwanderung entstehen. Die Menschen werden zudem immer älter. Die Gesellschaft altert in schrumpfenden Gebieten regelmäßig schneller als in anderen Regionen. Das hat Auswirkungen auf das Zusammenleben in dörflichen Gemeinschaften, die traditionell durch das Miteinander der Generationen geprägt waren. Die Gemeinden können durch geeignete Strategien gegensteuern, etwa durch Mehrgenerationenhäuser, die Mehrfachnutzung von Gebäuden oder den innovativen Umbau von Gebäuden. Die Voraussetzungen hierfür sind in ländlichen Regionen in der Regel gegeben: Es gibt mehr Wohneigentum, größere Wohnungen und Grundstücke. Ein breites und attraktives Angebot für Familien, das die Generationen zusammenbringt schafft die Voraussetzung für ein attraktives Wohnen auf dem Land.



DAS BEISPIEL DER GEMEINDE HIDDENHAUSEN

Projekt „Jung kauft Alt – Junge Menschen kaufen alte Häuser“

Was tun, wenn Familien lieber am Dorfrand wohnen – und der Ortskern verwaist? Diese Frage stellte sich das ostwestfälische Hiddenhausen, in Nordrhein-Westfalen gelegen zwischen den Städten Osnabrück, Hannover und Bielefeld, und beschloss, nicht länger in Baugebiete am Ortsrand zu investieren. Stattdessen geht die Gemeinde gezielt gegen den drohenden Leerstand an und greift in ihre Fördertöpfe: Familien, die einen Altbau in der Dorfmitte kaufen, erhalten Zuschüsse und für jedes Kind einen Bonus

Alle Prognosen weisen für die 20000-Seelen-Gemeinde eine schrumpfende und alternde Bevölkerungsentwicklung aus. Durch die Analyse der örtlichen Altersstruktur wurde deutlich, dass in nicht allzu ferner Zeit ein beachtlicher Anteil an Altimmobilien auf den Markt kommen wird. Indikator ist hier der Anteil alleinstehender älterer Hauseigentümer.

Ein neues Denken in der Bauleitplanung war gefragt, um junge Familien am Ort zu halten und deren Blick „weg vom Neubau – hin zum Altbau“ zu lenken.

Hiddenhausen verzichtet auf die Ausweisung von Neubaugebieten. Gleichzeitig wurde das Förderprogramm „Jung kauft Alt – Junge Menschen kaufen alte Häuser“ ins Leben gerufen. Damit unterstützt die Gemeinde junge Familien bei der Nachnutzung von alten Siedlungshäusern durch Zuschüsse für Altbaugutachten und für den Erwerb von alten Wohnhäusern.

Im Rahmen der Förderung des Altbaugutachtens wird die Ortsbegehung, Bestandsaufnahme, Modernisierungsempfehlung und Kostenschätzung einmalig mit einem Sockelbetrag von 600 Euro, der je nach Kinderzahl bis auf maximal 1500 Euro anwachsen kann (300 Euro für jedes Kind), bezuschusst. Durch einen zweiten Baustein des Förderprogramms wird der Altbauerwerb für die Dauer von sechs Jahren mit einem jährlichen Grundbetrag von 600 Euro und 300 Euro für jedes zum Haushalt der Antragsteller gehörende, minderjährige Kind gefördert. Der Clou dabei: bei Geburten innerhalb des Förderzeitraumes erhöht sich der Förderbetrag im Sinne eines „Altbau-Kinder-geldes“ automatisch bis zu einem jährlichen Förderbetrag von 1500 Euro. Seit 2012 wird auch der Abbruch eines Altbaus und die Errichtung eines Ersatzneubaus mit den gleichen Fördersätzen bezuschusst.

Ein Modell, das die Region für Jüngere attraktiv macht: Mittlerweile lebt durchschnittlich ein Kind in jedem geförderten Haushalt.



ANSPRECHPARTNER

Andreas Homburg,
Wirtschaftsförderer und Amtsleiter
Gemeindeentwicklung
Rathausstraße 1, 32120 Hiddenhausen
Tel. 05221 964-252
E-Mail: a.homburg@hiddenhausen.de



DAS BEISPIEL DER GEMEINDE MÜNSING

Modell der verdichteten Bebauung in der Ortsmitte

Zur Gemeinde:

Münsing liegt in Oberbayern im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen am Starnberger See. München liegt nördlich in 35 Kilometer Entfernung. Es gibt keine Schienenverbindung in die Landeshauptstadt, aber einen unmittelbaren Anschluss an die Autobahn 95.

Einwohner: 4200.

In der Gemeinde Münsing gab es bislang kein angemessenes Wohnungsangebot. Die Nachfrage der Einwohner richtete sich jedoch immer stärker auf variable Wohnungseinheiten, die mit klassischem Eigenheimbau nicht zu bedienen war. Um der Nachfrage nachzukommen, sollte eine vergleichsweise große Anzahl von Wohnungen angeboten werden. Unter Berücksichtigung der ortstypischen Bebauung und der Anforderung einer

sparsamen Flächenverwendung wurde ein Modell verdichteter Bebauung erprobt. Die Gemeinde hat in der Ortsmitte ein Grundstück angekauft und nunmehr an eine Gemeinschaft aus überwiegend einheimischen Bauherren veräußert.

Vorausgegangen ist die Aufstellung eines Leitbildes, ein intensiver Prozess der Bürgerbeteiligung und die Aufstellung eines daraus entwickelten Bebauungsplanes.

Ziel des Projektes ist nachhaltiges, regionales Bauen zu Architektur, Material und Energie mit einer sozial stabilen Nachbarschaft.

Des Weiteren erarbeitet die Baugemeinschaft ein Mobilitätskonzept zur Verringerung des Stellplatzbedarfes als Kernthema der Energiewende Münsing. Ergebnis: ein für den Ort und die Region vorbildhaftes Wohnprojekt. Es handelt sich um das Modell einer privaten Baugemeinschaft, welches 2015 bis 2016 realisiert wird. Es wurde ein Prozess initiiert, mit dem sich die Einwohner ihre Gemeinde wieder „aneignen“.



ANSPRECHPARTNER

Michael Grasl, Erster Bürgermeister
Weipertshausener Straße 5,
82541 Münsing
Tel. 08177 9301-23



Zum Projekt:
Theo Peter vom BauZeit Netzwerk
in Münsing
www.bauzeit-netzwerk.de

Architekten:
Arc Architekten Partnerschaft
84364 Bad Birnbach





DAS BEISPIEL DER STADT REES

Sanieren, modernisieren, neu bauen –
Rahmenbedingungen für junge Familien
optimieren

Zur Stadt:

Rees liegt im Nordwesten des Landes Nordrhein-Westfalen, im rechtsrheinischen Teil des Kreises Kleve, Regierungsbezirk Düsseldorf. In den acht Ortsteilen leben aktuell rund 21.500 Menschen. Rees ist an die Bundesstraßen B67 und B8/L7, an die Autobahnen A3 und A 57 und an die Schienenstrecke Emmerich-Oberhausen angebunden.

Die Folgen der demografischen Entwicklung gehen auch am staatlich anerkannten Ausflugsort Rees nicht spurlos vorüber. Mit der Ausweisung des letzten größeren Baugebiets im Jahre 1999 sind die Einwohnerzahlen zunächst noch angestiegen, doch seitdem die Grundstücke weitestgehend bebaut sind und neue Bauflächen nur noch in geringem Umfang an den Markt gebracht werden, gehen die Einwohnerzahlen stetig zurück. Während es junge Menschen vielfach in die Großstädte zieht und die Geburtenzahlen seit Jahren rückläufig sind, nimmt das Interesse älterer Menschen an einem Leben auf dem Land immer weiter zu. Um den Folgen der demografischen Entwicklung zu begegnen und die Lebensqualität in der Stadt zu verbessern oder zumindest aufrecht zu erhalten, hat der Stadtrat

*Saniertes Gebäude
der Grundschule
in Haldern
„Lindenschule“,
Hauptstandort
zusammen mit
Teilstandort in Mehr*



Neubau des Stadtbades



Stadtbücherei



*Baugebiet Queckvoor,
das 1999 entwickelt
worden ist und inzwi-
schen voll ist*



im Jahre 2010 ein Zehn-Punkte-Programm verabschiedet, das seither Grundlage des Handelns von Politik und Verwaltung ist und auf der Internet-Seite www.stadt-rees.de unter dem Suchbegriff „strategische Ziele“ zum Download bereitsteht. Dabei geht es insbesondere darum, die Attraktivität der Rheinstadt und die Rahmenbedingungen für junge Familien zu optimieren.

Seit Jahren investiert die Stadt Rees in erheblichem Maße in die Bildung. Mit großem finanziellem Aufwand wurden etwa die örtliche Stadtbücherei, die Schulen des zentral gelegenen Schulzentrums (Hauptschule, Realschule und Gymnasium) und die Grundschulen in den Ortsteilen saniert und modernisiert. Damit stehen den Kindern und Jugendlichen nun modernste Unterrichtsmöglichkeiten und Betreuungsangebote zur Verfügung. Darüber hinaus wurden vor Kurzem als Reaktion auf rückläufige Schülerzahlen zwei selbständige Grundschulen zu einer Schule bestehend aus Haupt- und Teilstandort zusammengelegt, um auch am Teilstandort künftig die Beschulung und Betreuung der Kinder im dörflichen Ortsteil („kurze Beine, kurze Wege“) gewährleisten zu können.

Nachdem in jüngster Vergangenheit auch die Turnhallen und Sportplatzgebäude saniert und auf den neuesten Stand der Technik gebracht worden sind, laufen aktuell die Arbeiten zur Errichtung eines neuen, funktionalen Hallenbades auf Hochtouren. Entgegen den landesplanerischen Vorgaben ist die Stadt Rees ferner bestrebt, nicht nur Baulücken zu schließen, sondern auch weiterhin neue Baugebiete zu entwickeln, um jungen Familien attraktiven und bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. So wird in Kürze in zentraler Lage eines Reeser Ortsteils ein kleines Baugebiet mit acht bis zehn Grundstücken erschlossen. Die ersten Eigenheime können dann voraussichtlich noch im laufenden Jahr errichtet werden.



ANSPRECHPARTNER

Christoph Gerwers,
Bürgermeister der Stadt Rees
Markt 1, 46459 Rees
Tel. 02851 51-144, Fax: 02851 51-915
E-Mail: buergermeister@stadt-rees.de
www.stadt-rees.de



Bauboom im Baugebiet Brunnwiesfeld III – Preisvorteil für Einheimische und Familien mit Kindern



DAS BEISPIEL DER GEMEINDE ALTENMÜNSTER

Klare Strategie zur Steigerung der Attraktivität und Lebensqualität für Jung und Alt

Zur Gemeinde:

Die Gemeinde Altenmünster mit ihren knapp 4000 Einwohnern liegt 30 Kilometer westlich von Augsburg in Bayerisch-Schwaben zwischen Augsburg/München und Ulm/Stuttgart.

Die Gemeinde hat eine klare Strategie, die ausgerichtet ist auf die Steigerung der Attraktivität und Lebensqualität, ohne die Identität zu verlieren. Diese Strategie enthält eine Vielzahl von Einzelkomponenten. Sie wird seit 2002 verfolgt und seit 2010 zeigen sich in zunehmendem Maße positive Ergebnisse.

1. Offensive Baulandentwicklung aus der Hand der Gemeinde, mit attraktiven Preisen, Einheimischenmodell und Preisvorteilen für Familien mit Kindern;

2. Optimale investive und personelle Ausstattung von Kinderkrippen (seit 2007) und Kindergärten, verlängerte Mittagsbetreuung, Grundschule mit innovativem Medienkonzept als eine von zwei Grundschulen in Schwaben ISI-Preisträger (Innere Schulentwicklung Innovationspreis);

3. Seit 2013 Senioren-Pflegeheim mit Wohngruppen nach dem BeneVit-Konzept (heißt: Die BeneVit-Hausgemeinschaft ist in vier bis sechs Wohnungen unterteilt, in denen jeweils 12 bis 15 Bewohner leben. Jede Wohnung verfügt über eine eigene Küche, Essraum, Wohnzimmer mit Kaminofen, Nebenräume usw. Der Tagesablauf wird durch Präsenzkräfte (Hauswirtschafts- oder Pflegepersonal gestaltet – dies beinhaltet zum Beispiel auch das gemeinsame Zubereiten der Mahlzeiten.) Es ist festzustellen, dass die Pflegebedürftigkeit der Bewohner eher ab- als zunimmt;

4. Aufgrund einer Entfernung von 30 Kilometern vom Ballungsraum Augsburg ist es erforderlich, das Arbeitsplatzangebot vor Ort zu stärken. Die Nähe zur A8 wird als besondere Chance gesehen. So gibt es seit 2012 Gewerbeflächen aus Gemeindehand in den neu entwickelten Gewerbegebieten. Örtliche

Betriebe haben dies für ihre Weiterentwicklung genutzt. Teilweise handelt es sich um Betriebe, die die Unternehmensnachfolge durch die nächste Generation geregelt haben oder gerade vorbereiten. Auch Neugründungen und junge Unternehmen, die sich im Aufbau befinden, sind darunter. Unternehmensansiedlungen von außen sind ebenfalls gelungen.

Ergebnis: Nach Jahren des Rückganges wurde eine Trendwende erreicht. Seit geraumer Zeit sind wachsende Einwohnerzahlen, stabile bis steigende Geburtenraten und eine Zunahme der Arbeitsplätze zu registrieren.



Seniorenpflegeheim Wohngruppenmodell von BeneVit



Neue Kinderkrippe in Holzbauweise mit Gründach, daneben der Kindergarten



ANSPRECHPARTNER

Bernhard Walter, Erster Bürgermeister,
Gemeinde Altenmünster
Rathausplatz 1, 86450 Altenmünster
Tel. 08295 9690-0, Fax 08295 9690-40
E-Mail:
Bernhard.Walter@altenmuenster.de



DAS BEISPIEL DER GEMEINDE STEINBACH AM WALD

„Alles aus einer Hand“ – Qualität durch
Vernetzung und Kooperation

Zur Gemeinde:

Die Gemeinde Steinbach am Wald mit ihren 3200 Einwohnern liegt geografisch in der Mitte zwischen Berlin und München. Die Zentren Nürnberg und Leipzig sind 150 und 180 Kilometer entfernt. Von Steinbach am Wald aus liegen die Bundesautobahnen A9, A71 und A73 in einer Entfernung von etwa 45 Fahrminuten.

Wir wollen frühzeitig dem demografischen Wandel aktiv entgegenwirken, somit die Region nachhaltig stärken und für die Zukunft sichern. Das Konzept umfasst: familienfreundliche Strukturen aufbauen und weiterentwickeln, ein umfangreiches Betreuungsnetz ausbauen, Senioren und Pflegebedürftigen so lange wie möglich das Wohnen zu Hause gewährleisten, Kinder und Jugendliche auf ihr berufliches und gesellschaftliches Leben optimal vorbereiten, finanzielle Unterstützung durch regionale Unternehmen und Kommunen nachhaltig sichern. Konkret wurden für die Familien durch dieses Netzwerk folgende Betreuungsstrukturen vor Ort in Steinbach am Wald aufgebaut:

Genug Kinderkrippenplätze und Kindergartenplätze mit Betreuung von 6.00 Uhr bis 22.00 Uhr durch Einbindung von Tagespflege, kath. Kindergartenträger und Ehrenamt der Erzieherinnen.

Ganztagsbetreuung der Schulkinder in Kooperation mit dem BRK Kronach – unter anderem bieten ehrenamtliche Dozenten



Nachmittagsangebote in der Schule an. Ausbildung von Babysit-tern gemeinsam mit dem Caritasverband Kronach, dem BRK Kronach und dem BDJ Kronach um hier noch zusätzliche Betreuung der Kinder für die Familien sicherzustellen.

Aufbau von Angeboten für Kinder, Erwachsene und Senioren mit Mehrgenerationenhausstruktur: Sport für Kinder, Strickstammtisch, autogenes Training, Elternkurse „Kess erziehen“, Umweltbildungsangebote für Familien, Karate.

Kooperation mit dem Verein SkF e. V. und der Schule: Durchführung von Internetkursen für ausländische und deutsche Frauen/Mütter.

Aufbau einer zuverlässigen Ferienbetreuung für die Schulkinder während vier Ferienwochen unter Einbezug der örtlichen Vereine. Die Eltern können die insgesamt 14 Schulferienwochen nicht allein kompensieren.

Dies geschieht, um den Familien Angebote vor Ort zu bieten, ansonsten wären die nächsten Möglichkeiten in der 30 Kilometer entfernten Kreisstadt.

Die Betreuungsangebote für pflegebedürftige Angehörige/Senioren wurden gemeinsam mit dem Projekt „Leben plus“ Betreuung von Angehörigen zu Hause, mit den ambulanten Pflegediensten und den stationären Pflegeangeboten vor Ort erarbeitet.

Für die Kooperationsunternehmen wurden Beratungsgespräche, Workshops und Seminare und Infoveranstaltungen



Stadtfest für
„Lebens-
qualität für
Generationen“

zum Thema Betreuung von Kindern und Angehörigen sowie zum Thema Pflege durchgeführt. Es wurde also neben einer lückenlosen Kinderbetreuung ein ganzheitliches Netzwerk für Betreuung vom Kinder- bis ins Senioren- und Pflegealter entwickelt.

Mit der Errichtung einer Versorgungs- und Betreuungsstelle haben die Netzwerkpartner, die Unternehmen, die Mitarbeiter und somit alle Familien eine zentrale Anlaufstelle, die je nach Situation des Ratsuchenden das passende Angebot bereitstellt.

Das Projekt „alles aus einer Hand“, Qualität durch Vernetzung und Kooperation hat als wesentliche Ziele: Nachhaltigkeit, Synergieeffekt, Schaffung bestmöglicher Lebensbedingung im ländlichen Raum, Zukunftssicherung, Attraktivitätssteigerung der Region. Das Konzept hat seit seiner Gründung an Bedeutung zugenommen und über die Kommune hinaus große Akzeptanz erhalten, welches sich positiv auf die regionale Entwicklung des gesamten Landkreises auswirkt. Mittlerweile gehören dem Netzwerk 17 Unternehmen als Kooperationspartner an. Somit können rund 5000 Mitarbeiter diesen Familienservice nutzen.



ANSPRECHPARTNER

Klaus Löffler, Erster Bürgermeister
der Gemeinde Steinbach am Wald
Ludwigsstädter Straße 2,
96361 Steinbach am Wald
Tel. 09263 9751-11, Fax -29

E-Mail:

klaus.loeffler@steinbach-am-wald.de
www.steinbach-am-wald.de



Antje Angles, Betreuungs- und
Versorgungsmanagement
Lebensqualität für Generationen
BRK Kreisverband Kronach
Laurentiusstraße 17,
96361 Steinbach am Wald
Tel. 09261 6072-66

E-Mail: a.angles@kvkronach.brk.de
www.lebensqualitaet-fuer-
generationen.net

II Einzelhandel auf dem Land

Seit Jahren ist der Einzelhandel in vielen ländlichen Gebieten auf dem Rückzug. Eine schrumpfende und älter werdende Bevölkerung, Stagnation beim Einkommen, die wachsende Konkurrenz durch den Online-Handel aber auch Konzentrationsprozesse bei den Lebensmittel-Geschäften sind einige der Ursachen hierfür. Insbesondere die Zahl der Lebensmittel-Geschäfte auf dem Land sinkt. Die Anbieter verweisen darauf, dass ein zunehmender Wettbewerbsdruck für einen Konzentrationsprozess sorgt, der immer größere Flächen und Kundenzahlen erforderlich macht, um die Supermärkte rentabel zu betreiben. Für die Menschen im ländlichen Raum bedeutet dies, dass der Dorfladen schließt und die Nahversorgung nicht mehr funktioniert. Für Menschen ohne Auto wird der Einkauf dadurch immer komplizierter. Insbesondere ältere Menschen können sich zunehmend nicht mehr selbst versorgen. Tritt hinzu, dass Familienmitglieder nicht mehr vor Ort sind, um Einkäufe mit zu erledigen, wird der Nahversorgung zum Problem. Einkaufen hat zudem eine soziale Funktion: Als Ort der Begegnung und des Austauschs, der gerade für das Dorfleben und für Menschen, die keine Angehörigen mehr vor Ort haben. Ohne Bäcker, Metzger oder Dorfläden und Gaststätten gibt es immer weniger Ankerpunkte für den sozialen Austausch. Viele Gemeinden haben deshalb bereits Konzepte entwickelt, um den Einzelhandel auf dem Land zu erhalten.



DAS BEISPIEL DER STADT JÜLICH (ORTSTEIL BARMEN)

Moderner Tante-Emma-Laden als neuer Ortsmittelpunkt

Zur Stadt:

Barmen ist ein Ortsteil der Stadt Jülich im Landkreis Düren in Nordrhein-Westfalen. Einwohnerzahl Ortsteil Barmen: 1308, in der gesamten Stadt wohnen 33528 Menschen. Eingebunden

in das Städtedreieck Aachen – Köln – Düsseldorf liegt die Stadt Jülich im südwestlichen Teil Nordrhein-Westfalens.

In Barmen ist die Nahversorgung über Jahre fast vollständig zurückgegangen. Die Entwicklung im Lebensmitteleinzelhandel hat zum Rückzug der ortsnahen kleineren Lebensmitteleinzelhandels-geschäfte geführt, während Discounter ihre Marktposition mit Standorten meist am Ortsrand ausbauen. Sie sind aber nur bedingt für nicht oder wenig mobile BürgerInnen erreichbar.

Das DORV-Konzept (Dienstleistung und Ortsnahe Rundum Versorgung) schafft Angebote, wo sich herkömmliche Anbieter



zurückgezogen haben. Das DORV-Zentrum in Barmen ist ein moderner Tante-Emma-Laden, der Nahversorgung, Dienstleistungen, sozial/medizinische Dienste, Kommunikation und Kultur im Ortszentrum in einem Ladenlokal bündelt.

Die Finanzierung erfolgte mit bürgerschaftlichem Engagement. Vollständig durch private Mittel schufen 2004 die Bürger in Jülich-Barmen durch Bürgerkapital („DORV-Aktien“) Spenden und hoher Eigenleistung „ihren“ neuen Ortsmittelpunkt.

Mit all dem will das DORV-Konzept Voraussetzungen schaffen, Wohnen und Arbeiten im ländlichen Raum wieder zusammenzubringen. Besonders die nicht (mehr) mobilen Menschen und jungen Familien können sich nun rundum selbst im Ort versorgen. Es ist wieder möglich, lebenslang in der gewohnten sozialen Umgebung leben zu können. Menschen gestalten ihre Zukunft selbst und das in Zusammenarbeit mit Privatwirtschaft und öffentlicher Hand. Das verbessert die Lebensqualität. Wohnortnahe Arbeitsplätze werden geschaffen. Die Integration von Neubürgern wird beschleunigt, regionale Identität gestiftet. Zudem wird durch das Angebot regionaler Produkte Wertschöpfung in der Region gehalten. Für die örtliche Wirtschaft (Landwirte, Metzger, Bäcker, Dienstleister...) bietet das DORV-Konzept klare Standortvorteile.

Vielfach ausgezeichnet dient DORV mittlerweile als Vorzeigeprojekt bundesweit und ist inzwischen auch als städtische Variante „quartVier-Zentrum“ zum Beispiel in unserer Kreisstadt Düren umgesetzt.



ANSPRECHPARTNER

Heinz Frey, Geschäftsführer
DORV-Zentrum GmbH, DORV-UG
DORV-Quartier gGmbH
Prämienstraße 49, 52428 Jülich
Tel. 02461 34395-95, Fax -96
E-Mail: frey@dorv.de



DAS BEISPIEL DER GEMEINDE RÖGLING

Mit Anteilsscheinen zum eigenen Dorfladen

Zur Gemeinde:

Die eigenständige Gemeinde Rögling zählt aktuell 650 Einwohner (mit Nebenwohnsitzen 670 Einwohner), Bundesland ist Bayern, im Landkreis Donau-Ries. Der Ort liegt am Dreiländereck Mittel-franken-Oberbayern- Schwaben mit den Landkreisen Weißenburg und Eichstätt.

Es zeichnete sich in unserer Gemeinde ab, dass nach Schließung des letzten Lebensmittelladens wohl keine Grundversorgung mehr vorhanden sein wird. Zum Einkaufen des täglichen Bedarfs hätten wir mindestens acht Kilometer in die nächste Stadt fahren müssen. Deshalb haben wir uns im Vorfeld schon im Gemeinderat und in den Arbeitskreisen der Dorferneuerung Gedanken gemacht, was zu tun ist, wenn die damals bereits älteren Geschäftsinhaber ihren Laden aufgeben. Vorher wollten wir keinen Dorfladen im Detail planen, da dies im Dorf auf Unverständnis gestoßen wäre – „wir haben doch einen Laden und nun baut man eine Konkurrenz auf“.

Im Gemeinderat war der einstimmige Beschluss gefasst worden, dass wir einen Dorfladen im Ort verwirklichen wollten. Es wurde ein Arbeitskreis gegründet, wir haben uns den Unternehmensberater Wolfgang Gröll (Starnberg) als Ratgeber geholt und er hat uns auch bis zur Eröffnung des Ladens begleitet.

Im Ort wurden Umfragen gestartet, wie die Bevölkerung zu einem Laden steht, welches Angebot gewünscht wird und ob sie Anteilsscheine zeichnen würden.

Schwierig gestaltete sich auch die Suche nach einem geeigneten Platz für den Dorfladen. Er sollte gut erreichbar und in der Mitte des Ortes sein. Schließlich konnte die Gemeinde einen leerstehenden ehemaligen Hof im Ortskern erwerben, der ideal für den Standort war- zentral, gut erreichbar für die älteren Menschen, die vor allem in der Dorfmitte wohnen. Unser Ziel war neben der Grundversorgung auch den Ortskern zu stärken und zu beleben.

Heute haben wir einen „kleinen Supermarkt“, in den die jungen Eltern mit dem Kinderwagen hineinfahren können und die älteren Mitmenschen mit dem Rollator. Es ist ein Treffpunkt für alle Generationen geworden. Den Dorfladen möchte keiner mehr missen.

Wir suchten uns einen Architekten für die Planung des Baus, unzählige Arbeitskreissitzungen, Abstimmungen im Gemeinderat



waren notwendig. Der Arbeitskreis zu dem auch die Bürgermeisterin gehörte, schaute sich alle Dorfläden im Landkreis an, die es bis dahin gab und holte sich auch dort Ideen und Anregungen für den eigenen Dorfladen. Im Ort musste Überzeugungsarbeit geleistet werden, dass der Dorfladen nicht zu klein gebaut werden sollte.

Die Bevölkerung zeichnete Anteilsscheine (ca. 200 Anteilsscheine mit einem Einsatz von 180 Euro), dieses Geld sollte für den Kauf der Ladeneinrichtung verwendet werden. Es wurde eine Genossenschaft UG und still (auf Vorschlag von Unternehmensberater Gröll) gegründet und Gesellschafter gesucht.

Für den Laden gab es viel zu entscheiden: welche Größe, welches Sortiment, Suche nach Personal, welche Lieferanten – diese sollten regional sein: so sind Bäcker, Metzger aus der Region, auch Eier, Nudeln, Kartoffeln, Honig, Teil der Spirituosen stammen aus der Region. Hinzu kommen zwei Lieferanten direkt aus unserem Ort, wie Getränke und Kräuterprodukte unserer Kräuterpädagogin. Hauptlieferant ist EDEKA Südbayern.

Thema war auch die Finanzierung: Der Platz und der Bau wurden über die Gemeinde bezahlt. Hier gab es Fördermittel aus der Dorferneuerung, für den Bau eine feste Summe von 80000 Euro. Für die Ladeneinrichtung erhielt die UG eine Förderung von rund 16000 Euro. Die Gemeinde hat zwar mit dem Dorfladen einen Mietvertrag abgeschlossen, aktuell wird aber noch keine Miete erhoben, da die Umsätze dies noch nicht zulassen. Erfreulich ist aber, dass der Dorfladen im Jahr 2014 das erste positive Jahresergebnis seit Eröffnung erwirtschaften konnte. Als Gemeinde sind wir froh, dass wir den Laden haben und dass sich der Betrieb weitgehend selbst finanziert.



DAS BEISPIEL DER GEMEINDE HALDENWANG

„Einkaufen, wo wir zu Hause sind“ – die Dorfladen Börwang GmbH

Zur Gemeinde:

Die Gemeinde Haldenwang befindet sich im Bundesland Bayern im Landkreis Oberallgäu. Sie liegt im Raum Oberes Illertal, 16 km nördlich von Kempten und zählt 3800 Einwohner.

Als das Einzelhandelsgeschäft im Ortsteil Börwang schloss, stand die Gemeinde vor der Entscheidung, dies hinzunehmen oder tätig zu werden.

Die Gemeinde Haldenwang gründete daraufhin im Jahr 2003 die Dorfladen Börwang GmbH und betreibt mittlerweile einen zweiten Dorfladen im Ortsteil Haldenwang.

Ein entscheidender Aspekt bei der Erstellung des Dorfladenkonzeptes war die Beteiligung der Bürger. Im Rahmen einer Befragung konnten die Bürgerinnen und Bürger äußern, was ihnen, angefangen beim Sortiment, über die Regionalität der Produkte oder der Gestaltung der Öffnungszeiten wichtig ist. Um die Akzeptanz weiter zu verbessern, konnten sich Interessierte in Form eines Bürgerdarlehens an der Dorfladen GmbH beteiligen. Mittlerweile sind zwischen 12 und 15 Personen dort beschäftigt, viele davon aus der Gemeinde. Sie haben damit einen Arbeitsplatz vor Ort gefunden.

Ziel der Läden ist es, auf der einen Seite die Nahversorgung mit Lebensmitteln des täglichen Bedarfs dauerhaft zu sichern.



ANSPRECHPARTNERINNEN

Maria Mittl, 1. Bürgermeisterin
Badgasse 8, 86703 Rögling
Tel. 09094 533
E-Mail: info@roegling.de

Dorfladen:
Marion Dopfer, Geschäftsführerin
Bürgermeister-Böswaldstraße 10,
86703 Rögling
Tel. 09094 9210183



Auf der anderen Seite haben sich die Läden zu einem kommunikativen Treffpunkt entwickelt. Anzutreffen sind dort Personen jeglicher Couleur und jeden Alters, angefangen von Schülern, die ihren persönlichen Bedarf decken, Hausfrauen, die das Frischesortiment schätzen, Handwerkern, die sich mit einer Brotzeit versorgen oder Senioren mit eingeschränkter Mobilität, die keine weiten Einkaufswege zurücklegen wollen. Geschätzt wird auch die Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft des Personals und die persönliche Ansprache.

„Einkaufen, wo wir zu Hause sind“, ist das Leitbild der Dorfläden in Börwang und in Haldenwang. Die Bevölkerung darf sich über ein breites Sortiment an Frischeprodukten von Lieferanten aus der Region freuen. Musste anfänglich noch Geld aus dem Gemeindegeld zugeschossen werden, so tragen sich die beiden Läden mittlerweile selbst.



ANSPRECHPARTNER

Christian Bader, Rathaus Haldenwang
Römerstraße 3, 87490 Haldenwang
Tel. 08374 9300-24
Fax 08374 9300-40
E-Mail: kaemmerei@haldenwang.de



Josef Wölfle, Erster Bürgermeister
Römerstraße 3, 87490 Haldenwang
Tel. 08374 9300-26
Fax 08374 9300-40
E-Mail: buergermeister@haldenwang.de

III Neue Wege für Mobilität

Das klassische Linienverkehrsangebot des ÖPNV ist in vielen ländlichen Räumen auf den Schülerverkehr begrenzt. Zwar handelt es sich formal um normalen öffentlichen Personenverkehr, mit dem auch Schüler mitfahren, um in die Schule zu kommen. Die Betriebszeiten, Taktichte, die Linienwege und die Ziele der Linien sind aber nur für Schüler und für die Schulzeiten interessant. Für die meisten anderen Fahrgäste gibt es kaum Angebote - abends und an Wochenenden oftmals gar nicht. Spezielle Mobilitätsangebote schaffen hier Ersatz. Vielerorts ist der Bedarf vorhanden, aber eben nicht für den Linienbetrieb geeignet. Deshalb gilt es, im Bereich der Mobilität neue Wege zu gehen und zusammen mit den Bürgern vor Ort neue Lösungen zu entwickeln..

DAS BEISPIEL DES LANDKREISES UCKERMARK

Nächster Halt: Lebensqualität

Linienverkehr als Motor für Daseinsvorsorge und Regionalentwicklung

Der Bus als Lieferwagen, der Busfahrer als Allround-Dienstleister: So könnte Öffentlicher Verkehr in ländlichen Räumen zukünftig flächendeckend aussehen. Denn wie bei jeder Infrastruktur steigen auch bei Bus und Bahn mit rückläufigen Fahrgastzahlen die Pro-Kopf-Kosten. Gleichzeitig zwingt die drastische Kürzung öffentlicher Zuschüsse die Busunternehmen zu massiven Einsparungen. Statt aber bei Linien und Verbindungen den ›Rasenmäher‹ anzusetzen, könnten die Verkehrsbetriebe auch die vorhandenen Kapazitäten für zusätzliche Leistungen nutzen. Die Uckermärkische Verkehrsgesellschaft im gleichnamigen nordöstlichen Landkreis des Landes Brandenburg führt seit September 2012 regelmäßig Frachttransporte in Omnibussen durch. Die Erhöhung der Auslastung soll langfristig helfen, das Fahrplanangebot zu stabilisieren.

Das Unternehmen nimmt deutschlandweit eine Vorreiterrolle ein: Gilt das Prinzip der kombinierten Beförderung von Gütern

und Personen in anderen europäischen Ländern bis heute als traditionelle Praxis, so haben sich in Deutschland seit den 1960er-Jahren beide Sparten getrennt voneinander entwickelt und dadurch parallele Strukturen geschaffen. Die werden in ländlichen Regionen mittlerweile zu teuer, weshalb die Bündelung beider Zweige eine Lösung für die Zukunft sein könnte. Das Bundesministerium des Innern gab im Rahmen seines Modellvorhabens „Daseinsvorsorge 2030“ die Prüfung und Erprobung des KombiBUS-Ansatzes in Deutschland in Auftrag. Nach dem Gutachten aus 2011 waren anschließend letzte rechtliche Zweifel an der Vereinbarkeit zwischen Personen- und Güterbeförderung auszuräumen, innovative Akteure zu gewinnen und Testtransporte durchzuführen. Der Betrieb läuft nun bereits mehrere Jahre reibungslos. Die neugewählte Landesregierung Brandenburg nahm den KombiBUS als innovative Strategie der Daseinsvorsorge im Herbst 2014 gar in ihren Koalitionsvertrag auf. Auch außerhalb Brandenburgs wird dem Konzept Lösungspotenzial zugeschrieben. Mit der Kombus GmbH im Saale-Orla-Kreis führt auch ein thüringisches Verkehrsunternehmen seit Oktober 2014 kombinierte Transporte durch.

Der Landkreis Uckermark verfügt über die deutschlandweit geringste Einwohnerdichte, gilt nach UN-Maßstäben sogar als



QUELLE: UVG, PRENZLAU

Das Oder-Center in Schwedt hat modellhaft die Lieferung von Einkäufen durch den Linienbus getestet

Anderer Maßstab – in Skandinavien sind die Linienbusse mittels Gepäckabteil für traditionell große Frachtmengen gerüstet



QUELLE: KOMBIBUS GRUPPE, BERLIN/ TRIER/ OELS NITZ (VOGTL)

Ein Busfahrer der UVG übernimmt Lebensmittel als Ladung für die Linienfahrt



QUELLE: FORMAT WERBEAGENTUR GMBH, SCHWEDT

entvölkert (Stand 2013: 121 326 Einwohner bei 3076,9 Quadratkilometern Fläche). Auch die Zentren Prenzlau, Templin, Schwedt und Angermünde konnten den anhaltenden Bevölkerungsverlust nach der deutschen Wiedervereinigung nicht stabilisieren. Die großen Distanzen zwischen einzelnen Ansiedlungen steigern die durch demografischen Wandel ohnehin erhöhte Kostenremanenz bei allen Versorgungsinfrastrukturen. Neben der Mobilität von Personen im Rahmen des ÖPNV wandelt sich auch die Mobilität von Gütern zunehmend zu einem kritischen Faktor.

Die Uckermark gehört aufgrund ihrer peripheren Lage längst nicht mehr zum Speckgürtel um Berlin. Die starke Ballung von Einwohnern, Arbeitsstätten und Geschäften macht die Hauptstadt allerdings zu einem begehrten Absatzmarkt. kombiBUS hilft, Waren am Startort – hier also dem Landkreis – zu bündeln und übergibt die Großladung dann an ein Partner-Fuhrunterneh-

men mit Ziel Berlin. Auf diese Weise können auch die Produzenten von kleinen Mengen auf unrentable eigene Logistikketten verzichten und die Synergie des kombiBUS nutzen.

Über den rein technischen Vorgang hinaus fördert der kombiBUS deshalb auch die Regionalentwicklung. Kleinerzeuger können neue Absatzmärkte erschließen, Einkaufszentren neue Serviceleistungen entwickeln. Touristische Leistungsträger entwickeln ganze Produktreihen neu, etwa Picknickkörbe mit regionalen Delikatessen oder das Vorratsmanagement in Ferienwohnungen. Es entstehen Lieferverflechtungen, die sich so vorher nicht anbieten. kombiBUS ist damit keine Konkurrenz zum bestehenden Transportgewerbe sondern ergänzt es um wichtige Leistungen und stabilisiert dadurch gleichzeitig die Daseinsvorsorge.

ANSPRECHPARTNER



Dr. Christian Muschwitz,
raumkom Trier
Strategie, Konzept, Marketing
Tel. 0651 49368851
E-Mail: muschwitz@raumkom.de



Dipl.-Geogr. Anja Sylvester,
Interlink GmbH Berlin
Projektleitung kombiBUS
Tel. 030 20913972
E-Mail: sylvester@interlink-verkehr.de

AktivRegion
Südliches Nordfriesland

**DAS BEISPIEL
DER AKTIVREGION
SÜDLICHES
NORDFRIESLAND**

Das JugendMobil – Mehr Mobilität für Kinder und Jugendliche

Zum Landkreis:

Der Landkreis Nordfriesland ist der nördlichste Landkreis Deutschlands, gelegen an der Nordseeküste Schleswig-Holsteins. Er umfasst 133 Gemeinden und hat eine Einwohnerdichte von 79 Personen pro Quadratkilometer. Die größte Stadt im Kreisgebiet ist Husum mit rund 22000 Einwohnern, die größte Insel ist Sylt.

Das JugendMobil, ein Kleinbus mit insgesamt neun Sitzen, bringt die Kinder und Jugendlichen Nordfrieslands gemeinsam zu Freizeit- und Kulturangeboten. Obwohl sie in weit verstreuten Dörfern leben, können sie mit dem JugendMobil einfacher soziale Kontakte pflegen und ihre Region kennen lernen. Die über 30 Jugendeinrichtungen im Kreis erzielen so mit ihren Angebo-



ten eine höhere Reichweite und können durch die Vernetzung mehr und qualitativ höherwertige Ausflüge anbieten. Jeder Besitzer eines Führerscheins der Klasse B darf das Fahrzeug fahren. Die Fahrer werden ehrenamtlich über die Jugendeinrichtungen organisiert.

Das JugendMobil leistet damit einen Beitrag dazu, dass der ländliche Raum Nordfrieslands für Familien attraktiv bleibt. Es

unterstützt die regionale Bindung und die soziale Entwicklung junger Menschen. Durch die Kooperation zwischen den Jugendeinrichtungen können diese sich trotz rückläufiger Zahlen nachhaltig aufstellen. Das JugendMobil bietet auch Perspektiven für die weitere Jugendarbeit: Der Betrieb der Jugendzentren in der Region wird verbessert, da aufgrund der erhöhten Mobilität der Jugendlichen eine größere Zahl an potenziellen Besuchern und Teilnehmern für Projekte in den Jugendzentren entsteht. Darüber hinaus wird ein niedrigschwelliges Angebot für Jugendliche geschaffen, die derzeit nicht die Möglichkeit haben die Angebote der Einrichtungen im Jugendbereich wahrzunehmen. Demnach wird ein Beitrag geleistet, um den Folgen des demografischen Wandels im ländlichen Raum aktiv zu begegnen.

Die Träger des Angebotes sind neben dem Landkreis auch die kreisangehörigen Gemeinden über ihre Jugendzentren und Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, Ehrenamtler und viele mehr.



ANSPRECHPARTNERINNEN

Hanna Fenske, Regionalmanagement
AktivRegion Südliches Nordfriesland
Eider-Treene-Sorge GmbH
Eiderstr. 5, 24803 Erfde-Bargen
Tel. 04333 992493, Fax 04333 992499
E-Mail: fenske@eider-treene-sorge.de

Miriam Rachenpöhler, Kreisjugendring Nordfriesland
Soltbargen 6c, 25813 Husum
Tel. 04841 663626
E-Mail: kjr-nf@t-online.de



DAS BEISPIEL DER VERBANDSGEMEINDE TRABEN-TRARBACH

Der Seniorenbus – Mobilitätskonzept für ältere Menschen

Zur Verbandsgemeinde:

Der Verbandsgemeinde Traben-Trarbach gehören die Stadt Traben-Trarbach sowie 15 eigenständige Ortsgemeinden an, der Verwaltungssitz ist in der Stadt Traben-Trarbach. Die Verbandsgemeinde liegt im Landkreis Bernkastel-Wittlich, Rheinland-Pfalz.

Einwohner: 18000 Einwohner im Verbandsgemeindegebiet.

Die Bevölkerung der Verbandsgemeinde ist vielfach auf den Individualverkehr mit Pkw angewiesen, weil die Dörfer auf der Höhenlage des Hunsrücks und einzelne Moselorte nicht mehr über örtliche Versorgungseinrichtungen wie Lebensmittelläden, Arztpraxen oder Banken verfügen. Der Individualverkehr mit Pkw steht jedoch gerade der älteren Bevölkerung nicht uneingeschränkt zur Verfügung. Die Verbandsgemeinde Traben-Trarbach hat deshalb einen Buslinienverkehr für Senioren und Schwerbehinderte eingerichtet. Dieses „Seniorenbus“ genannte Angebot soll die Mobilität von älteren und schwerbehinderten Menschen in Dörfern mit weniger guten öffentlichen Verkehrsverbindungen sicherstellen. Der kommunale Bus fährt im Linienbetrieb auf mehreren Fahrstrecken an vier Tagen pro Woche und jeweils für eine Hin- und eine Rückfahrt pro Tag.

Das Mobilitätsangebot ist ein sinnvolles ergänzendes Angebot für ältere und schwerbehinderte Menschen, deren Mobilitätsbedürfnissen die bestehenden Buslinien nur teilweise gerecht werden. Mit der Ausgestaltung des Fahrpreises, der geringen Frequenz, der Beschränkung des Fahrgastkreises auf Fahrgäste, die älter als 60 Jahre sind und Schwerbehinderte sowie mit dem zeitlichen Abstand von mindestens einer Stunde zum Angebot des klassischen ÖPNV wird gewährleistet, dass dieser wirtschaftlich allenfalls geringfügig beeinträchtigt wird. Der Fahrpreis beträgt zwei Euro pro einfacher Fahrt.

*Insbesondere
ältere und
behinderte
Fahrgäste
schätzen den
Seniorenbus*



Die örtliche Bevölkerung nimmt das Angebot in der gleichen Weise an, wie den öffentlichen Personennahverkehr. Seit August 2012 fährt der Seniorenbus im Bereich der Verbandsgemeinde Traben-Trarbach (alt). Nach der Fusion mit der Verbandsgemeinde Kröv-Bausendorf wurden bereits Wünsche laut, auch in diesem Bereich den Seniorenbus einzusetzen.



ANSPRECHPARTNER

Marcus Heintel, Bürgermeister
Verbandsgemeinde Traben-Trarbach
Brückenstraße 11,
56841 Traben-Trarbach
Tel. 06541 708-233, Fax 06541 708-231
E-Mail: Marcus.Heintel@vgtt.de



DAS BEISPIEL DER VERWALTUNGSGEMEINSCHAFT VOLKACH

Bürgerbus auf der Grundlage bürgerschaftlichen Engagements

Zur Verwaltungsgemeinschaft:

Volkach mit rund 8700 Einwohnern liegt an der Mainschleife im Landkreis Kitzingen (Unterfranken) im Freistaat Bayern. Sie hat mit zwei weiteren Gemeinden eine Verwaltungsgemeinschaft gebildet. Die Stadt Volkach ist etwa 14 Kilometer von der Kreisstadt Kitzingen entfernt. Die nächsten größeren Städte sind Schweinfurt, 20 Kilometer entfernt, und Würzburg mit einer Entfernung von 22 Kilometern.

Die Stadt Volkach hat zusammen mit dem Landkreis Kitzingen das Projekt „Bürgerbus“ ins Leben gerufen. Ziel ist es, mit dem Bürgerbus Gelegenheit zu geben, die Geschäfte des Alltags in der Kleinstadt Volkach erledigen zu können.

Der Stadtrat der Stadt Volkach hat sich schon im Februar 2010 dafür ausgesprochen, eine Linie als Verbindung zu den östlich gelegenen Stadtteilen und Gemeinden und gleichzeitig auch eine zweite Linie zu den Gemeinden im Norden von Volkach einzurichten. Der Vorteil für die Fahrgäste: Eine lästige Parkplatzsuche und die Zahlung von Parkgebühren entfallen, und neben dem bisherigen ÖPNV-Angebot wurde ein zusätzlicher Mehrwert an Mobilität geschaffen.

Der Bürgerbus fährt auf zwei Linien 96 Kilometer Fahrtstrecke und verkehrt an vier Tagen in der Woche nach einem festgelegten Fahrplan. Der Fahrplan ist durch die Genehmigungsbehörde genehmigt. Für die Investitions- und vor allem Unterhaltskosten stehen vier Einnahmequellen zur Verfügung. Das Projekt „Bürgerbus“ ist in erster Linie werbefinanziert. Zahlreiche Volkacher Gewerbebetriebe und auch Geschäftspartner aus dem nahen Umland werben auf dem Fahrzeug um potenzielle Kunden. Auch die Fahrgäste des Bürgerbusses tragen



einen Teil zum Unterhalt bei. Für die einfache Fahrt werden derzeit 1,70 Euro und für die Hin- und Rückfahrt 2,80 Euro erhoben. Damit bewegt sich die Stadt Volkach auf dem Tarifniveau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Verkehrsverbund Mainfranken. Schwerbehinderte Menschen, die im Besitz einer Wertmarke sind, fahren kostenlos. Darüber hinaus bezuschusst der Landkreis Kitzingen jährlich jeden gefahrenen Fahrplankilometer mit 0,60 Euro. Letztlich wird der Bürgerbus regelmäßig auch vermietet. Vereine und Verbände der Stadt Volkach erhalten die Möglichkeit, für 0,30 Euro je gefahrenen Kilometer den Bürgerbus für eigene Zwecke zu nutzen.

Die Fahrer sind engagierte Bewohner der Verwaltungsgemeinschaft und der Stadt Volkach, die in ihrer Freizeit den Bürgerbus fahren. Eine nicht einfache Hürde galt es jedoch zu meistern, bevor sich überhaupt einer der Fahrer hinters Steuer setzen durfte. Die Fahrer brauchen einen sogenannten Personenbeförderungsschein. Inzwischen stehen fünf Fahrer zur Verfügung, die sich wöchentlich abwechseln. Im Bedarfsfall steht zudem noch städtisches Personal aus dem eigenen Bauhof zur Verfügung.

Etabliertes Erfolgsmodell

Seit 15. September 2011 rollt der Bürgerbus Volkach und hat Zuspruch bei den Bürgern gefunden. Auch die zahlreichen Touristen an der Volkacher Mainschleife haben die Vorteile erkannt. Zudem haben bereits auch Nachbarkommunen gleichgelagerte Projekte ins Leben gerufen, um – wie die Stadt Volkach auch – dem Erfordernis an mehr Flexibilität und Mobilität im ländlich strukturierten Raum gerecht zu werden. Die Linien werden gut angenommen. Auch nach Ende der Kooperationsvereinbarung im September 2015 wird das Projekt wohl auch darüber hinaus fortgeführt werden.



ANSPRECHPARTNER

Christian Schwab, Stadt Volkach
„Projekt Bürgerbus“
Marktplatz 1, 97332 Volkach
Tel. 09381 401-20

VERWALTUNGSGEMEINSCHAFT
VOLKACH, Amt für öffentliche Sicherheit & Ordnung, Marktplatz 1,
97332 Volkach

IV Surfen auf dem Dorf

Eine funktionierende digitale Infrastruktur ist heute, was Straßen, Strom und fließend Wasser früher waren: eine Grundvoraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg und attraktive Lebensbedingungen! Deshalb ist es nötig, dass der Breitbandausbau in den ländlichen Regionen auch für die Betreiberfirmen attraktiver wird. Hier brauchen wir einen veränderten Regulierungsrahmen, der sich nicht nur am Grundsatz „möglichst billig“ orientiert. Wichtig ist es, den Grundsatz „möglichst schnell und flächendeckend“ in den Vordergrund zu stellen. Es gibt eine Vielzahl an Lösungen, die von Kommunen allein oder in Partnerschaft mit Unternehmen und Bürger realisiert werden und zeigen, wie ein guter digitaler Anschluss verfügbar gemacht werden kann.



DAS BEISPIEL DER STADT ARNSBERG

Erster Meilenstein auf dem Weg hin zur „Digitalen Stadt“

Zur Stadt:

Das polyzentrale Arnberg ist die größte Stadt im Hochsauerlandkreis und gliedert sich in vier städtisch geprägte und elf teilweise dörfliche Stadtteile.

Einwohner: rund 75000 in 15 Ortsteilen. In den dörflichen Ortsteilen leben zwischen 216 und 3800 Einwohner.

Die Stadt Arnberg unterstützt den Aufbau eines bürgerschaftlich getragenen, öffentlichen WLAN-Netzes. Kostenloses Internet und das ganz egal, wo man sich gerade befindet: Diese Vision ist nicht mehr länger ein träumerisches Szenario, sondern in Arnberg bereits Realität.

Als eine der ersten Städte Nordrhein-Westfalens hat Arnberg aktiv den Aufbau eines freien, bürgerschaftlich getragenen WLAN-Netzes unterstützt, das jetzt nach und nach auf das gesamte Stadtgebiet ausgedehnt wird. Dass Besucher, Touristen wie auch Bürger insbesondere im historischen Arnberg nun gratis und sicher mit ihren Smartphones im Netz surfen können, ist dem Engagement vieler bürgerschaftlicher Akteure aus dem Einzelhandel, der Hotellerie und Gastronomie, dem Verkehrsverein Arnberg e.V. und vielen interessierten Bürgerinnen und Bürgern in Zusammenarbeit mit dem Freifunk Rheinland e.V. zu verdanken.



Router Steinweg - Alter Markt

Mit der Gründung der Freifunk-Domäne Möhne für den Hochsauerlandkreis und den Kreis Soest im Freifunk Rheinland e.V. machte das Projekt im März 2014 einen ersten großen Schritt. Dank einer großzügigen Anschubfinanzierung durch den städtischen Verkehrsverein und die Sparkasse Arnberg-Sundern konnten im Sommer 2014 die ersten 70 Router und im November 2014 die ersten Richtfunkantennen aufgestellt werden. Damit entstand schnell die Basis des Freifunk-Netzes.

Die Stadt Arnberg selbst stellte die Internetzugänge in ihren Räumlichkeiten zur Verfügung und unterstützt die verschiedenen Beteiligten dabei, in und auf öffentliche Gebäude zu gelangen, um dort Router und Richtfunkantennen zu installieren.

Die Akzeptanz des Freifunks unter den Bürgern ist in Arnberg sehr groß – Das Projekt wird durchweg positiv wahrgenommen. Das zeigen Rückmeldungen der Bevölkerung ebenso wie landesweite Anfragen zum Projekt. Auf diese Weise trägt das freie WLAN in Arnberg zu einer besseren Vermarktung der



Dem Engagement etlicher Beteiligter hat Arnberg das freie WLAN zu verdanken

Kommune in der Region und sogar über Landesgrenzen hinweg bei. Mit der Anbindung eines Asylbewerberheimes im Stadtgebiet wird darüber hinaus den dort lebenden Bürgerinnen und Bürgern die Chance geboten, kostenfrei mit ihrer Heimat zu kommunizieren.

Zu verdanken ist der große Erfolg des Projektes insbesondere dem starken Engagement der Arnberger Bürger, Vereine und Geschäftsleute. Für die Stadt selbst ist das freie WLAN-Netz ein bedeutsamer Meilenstein auf dem Weg hin zu einer „Digitalen Stadt“.



ANSPRECHPARTNER

Stephanie Schnura,
 Pressestelle der Stadt Arnberg
 Tel. 02932 201-1477
 E-Mail:
 pressestelle.schnura@arnsberg.de



Klaus Fröhlich,
 Zukunftsagentur Stadtentwicklung
 Stadt Arnberg
 Rathausplatz 1, 59759 Arnberg
 Tel. 02932 201-1689
 E-Mail: k.froehlich@arnsberg.de



FOTO: HELENE WENDOLD-LEIPOD

Leitungsverlegung im Spülbohrverfahren



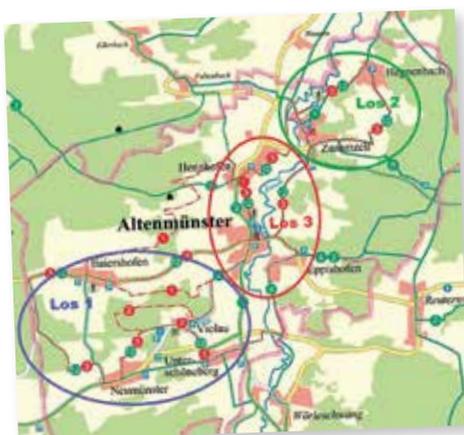
DAS BEISPIEL DER GEMEINDE ALTENMÜNSTER

Vom weißen Fleck der T-DSL Anbindung zur fast flächendeckenden Versorgung

Zur Gemeinde:

Die Gemeinde Altenmünster mit ihren knapp 4000 Einwohnern liegt 30 Kilometer westlich von Augsburg in Bayerisch-Schwaben zwischen Augsburg/München und Ulm/Stuttgart.

Zunächst war die Gemeinde ein weißer Fleck, was die Versorgung mit T-DSL anbelangt. Dieses Problem konnte 2004 behoben werden. Der Breitbandausbau bis zum Kabelverzweiger begann 2012 und wurde in drei Losen angegangen.



Gemeindegebiet in drei Lose aufgeteilt und versorgt



Finanz- und Heimatminister Söder übergibt Förderbescheid

Im Sommer 2015 sind dann alle neun Ortsteile (Altenmünster, Baiershofen, Eppishofen, Hegnenbach, Hennhofen, Neumünster, Unterschöneberg, Violau und Zusamzell) bis zum Kabelverzweiger versorgt, das heißt, zu einem Prozentsatz von weit über 90 können im gesamten Gemeindegebiet Einwohner und Betriebe Übertragungsraten von 50 MBit, mindestens aber 30 MBit nutzen. Vor diesem Ausbau hatten örtliche Unternehmer zunehmend schlechte Übertragungsraten kritisiert. Inzwischen ist dies nicht mehr der Fall, positive Rückmeldungen über die gute Anbindung mehren sich.

Darüber hinaus ist auch die letzte Ausbaustufe bereits im Gange. Seit 2012 werden bei allen Baugebieten, das sind namentlich im Ort Altenmünster Brunnwiesfeld III, Brühl, das Gewerbegebiet Nord und die Nahwärmeversorgung, sowie Baiershofen Nord und Gewerbegebiet Hennhofen, Speedpipes bis zum Grundstück gelegt. Demnächst betrifft dies auch das Gewerbegebiet Unterschöneberg und die Baugebiete Neumünster/Meierfeld, Eppishofen/Stuhlenberg und Brunnwiesfeld IV. Damit ist in diesen Gebieten die Versorgung mit allen im Netz

verfügbaren Bandbreiten möglich. Außerdem befindet sich die „letzte Meile“ in der Hand der Gemeinde, was in ferner Zukunft auch bei Vermietung die Einnahmenseite stärken kann.

Sowohl beim Verkauf von Gewerbeflächen als auch von Wohngrundstücken wird verstärktes Interesse an dieser optimalen Versorgung bis zum Gebäude festgestellt.

Insgesamt wurden bisher 791 373 Euro in den Breitbandausbau investiert, davon 372 544 Euro Fördermittel des Freistaates Bayern.



ANSPRECHPARTNER

Bernhard Walter, Erster Bürgermeister,
Gemeinde Altenmünster
Rathausplatz 1, 86450 Altenmünster
Tel. 08295 9690-0, Fax 08295 9690-40
E-Mail:
Bernhard.Walter@altenmuenster.de

V Megatrend Landtourismus

Der Tourismus in Deutschland wächst stetig: In den letzten 20 Jahren hat sich die Zahl der Übernachtungen auf 411 Millionen pro Jahr vervierfacht. Der Marktanteil ländlicher Regionen am Tourismus der Deutschen im eigenen Land liegt bei 33 Prozent: Ländliche Räume sind ein beliebtes Reiseziel einheimischer Urlauber! Und etwa 1,2 Millionen Arbeitsplätze sind in den ländlichen Regionen mit dem Tourismus verbunden. Der Tourismus eröffnet Perspektiven für Wachstum und Beschäftigung. Wo Gäste sind, entstehen Dienstleistungen, Unterkünfte, Einzelhandel und vieles mehr. Naturnaher Tourismus liegt im Trend. Zentrale Motive für Reisen in ländliche Räume sind „Natur“ und „Ruhe“. Neben Natur und Landschaft spielt aber auch der Begriff der „Idylle“, die „Regionalität“ eine Rolle. Die Qualität von Natur und Landschaft, die Möglichkeiten vielfältiger naturbezogener Erholungs- und Freizeitaktivitäten sowie das Erleben regionaler Kultur sind deshalb wertvolle Potenziale für lebendige Gemeinden. Kultur kann ein touristisches Angebot sein, Kultur kann aber auch die Identifikation mit der Region verbessern und als Lebenskultur die Attraktivität der Region steigern.



DAS BEISPIEL DER GEMEINDE DAHLEM (EIFEL)

**Der Generationenpark – ein gemeinsamer
Platz für Jung und Alt**

Zur Gemeinde:

Gemeinde Dahlem, Kreis Euskirchen, Regierungsbezirk Köln, Nordrhein-Westfalen. Ländliche Region rund 40 Kilometer vom Ballungsraum Köln/Bonn entfernt, hohe Zahl Berufspendler. Einwohner: 4200 in sechs Orten der Gemeinde. Bevölkerungsentwicklung in den letzten 15 Jahren stabil: leichte Zunahme.

Der „Barfußpfad und Generationenpark Schmidtheim“ ist eine völlig neue Form eines dörflichen Treffpunktes mit hoher Freizeitqualität, welche auch den demografischen Wandel im ländlichen Raum berücksichtigt. Im Ortsteil Schmidtheim (1500 Einwohner) der Gemeinde Dahlem hat die bürgerschaftlich getragene „Interessengemeinschaft (IG) Schmidtheim“ die Initiative ins Leben gerufen, die Maßnahmen federführend geplant und umgesetzt. Sie ist auch im Wesentlichen verantwortlich für die zukünftige Pflege und Unterhaltung. Unterstützt wird die IG Schmidtheim von der Gemeinde Dahlem, welche einen Teil der finanziellen Eigenleistung sowie Baumaterial, zum Beispiel Holz aus dem gemeindeeigenen Wald, zur Verfügung stellt.

Finanziell gefördert wurde das vorbildliche Projekt aus Mitteln der Europä-



ischen Förderung des ländlichen Raums (LEADER) und privater Sponsoren.

Der Park steht auf einem gemeindeeigenen, rund 6000 Quadratmeter großen Gelände neben dem Kunstrasensportplatz am Urftufer. Ausgestattet mit 15 Stationen mit Spiel- und Aktivitätsgeräten, Bewegungsangeboten und Aufenthaltsbereichen richtet er sich an alle Altersklassen. Die Anlage fördert das Miteinander und die Kommunikation der Generationen in Schmidtheim. Gleichzeitig ist der Park ein touristisches Angebot und kann in Partnerschaft mit Einrichtungen der Region zur Gesundheitsprophylaxe und Therapie genutzt werden. Das Angebot ist vielfältig und reicht von einem Boule-Feld, dem Kräutergarten oder dem Insektenhotel bis zum Labyrinth.



Es gibt eine Parkbühne für musikalische ebenso wie Kneippbecken für Arme und Beine für gesundheitsbewusste Besucher.

Diverse Spielgeräte und ein Beach-Volleyballfeld runden die Freizeitmöglichkeiten ab. Und nach einem ereignisreichen Tag ist im Pavillon ein gemütliches

Beisammensein möglich. Die Nutzung der gesamten Anlage ist kostenlos. Der wetterfeste Pavillon mit Herd und Kühlschrank kann gegen eine kleine Gebühr ideal für Feste und Feiern genutzt werden. So gehören Kindergeburtstage und andere Feiern inzwischen zum regelmäßigen Bild auf dem Park.

In den ersten beiden Jahren seit der Eröffnung hat sich gezeigt, dass der Generationenpark in der Tat zu einem gemeinsamen Platz für Jung und Alt geworden ist. Die Menschen kommen zusammen, um in einer ruhigen und entspannenden Umgebung zu entspannen und ihre Freizeit zu erleben. Es ist ein gelungener Platz der Kommunikation und ein zeitgemäßes Angebot für die Dorfbevölkerung. Das bestätigen auch die Auszeichnungen, die die IG Schmidtheim für diese Projekt erhalten hat.

Umfangreiche Informationen wie Pläne, Videos, Bildergalerien und vieles mehr unter www.ig-schmidtheim.de.



ANSPRECHPARTNER

Jan Lembach, Bürgermeister
der Gemeinde Dahlem
Hauptstraße 23, 53949 Dahlem
Tel. 02447 955540
E-Mail: buergermeister@dahlem.de
www.dahlem.de

Kontakt: Interessengemeinschaft (IG) Schmidtheim e.V.
Vorsitzender Richard Wolf
Hauptstraße 129, 53949 Dahlem-Schmidtheim
Tel. 02447 8351, E-Mail: info@ig-schmidtheim.de
www.ig-schmidtheim.de



DAS BEISPIEL DER GEMEINDE BLANKENHEIM

Auf den Spuren der Römer –
Tourismuspotenziale auf dem Land nutzen

Zur Gemeinde:

Blankenheim liegt im Bundesland Nordrhein-Westfalen, gehört zum Kreis Euskirchen und hat 8294 Einwohner. Wir zählen uns sowohl zur Nordeifel aber auch zum oberen Ahrtal. Köln liegt 70 Kilometer entfernt, ebenso das Ahrtal.

Mit dem landesüberschreitenden Kulturprojekt „VIA Erlebnisraum Römerstraße“ wurde 2014 die Römervilla rekonstruiert sowie ein Dokumentationszentrum realisiert. So wurde aus dem Heimatmuseum ein Dokumentationszentrum zur römischen Vergangenheit Blankenheims und deren Nachwirkungen. Das Gildehaus, in dem die Ausstellung zu sehen ist und die 2014 eröffnete Römervilla und das weitläufige Gelände, ergänzen sich zu einem Gesamterlebnis und bilden das perfekte Duo für Touristen und Bürger.



Gildehaus

Im Zentrum der Ausstellung steht die Geschichte der Blankenheimer

Römervilla – einem Landgut mit einer Nutzungsgeschichte vom 1. bis 4. Jahrhundert nach Christus. Ihre moderne Rekonstruktion an authentischen Standorten liegt in der Nähe der ehemaligen römischen Fernstraße von Köln nach Trier, der sogenannten Agrippastraße.

Spielerisch lässt sich die rekonstruierte Römervilla erforschen und Grabungsfunde, wie zum Beispiel das alte Römer Bad erkunden. Zu guter Letzt zeigt ein Film im Dokumentationszentrum die Geschichte, Forschungen sowie die Rekonstruktion der Römervilla.

Parallel zum Römerstraßen-Infopunkt, wird 2015 im Gildehaus eine neue Ausstellung zur Territorialgeschichte – „Blankenheim im Mittelalter“ entstehen.

Die Römer. Dabei denken viele Menschen immer an eine große Streitmacht, 2000 Jahre alt mit der toten Sprache Latein. Doch wenige wissen, wie die Römer ihr erobertes Gebiet auch nachhaltig gestalteten. Die Römer akzeptierten die Lebens-



weise der „Ureinwohner“, brachten aber auch die eigene Kultur mit und richteten Thermen, Aquädukte aber auch Gutshöfe ein, die sogenannten Römervillen, ein, die Schauplätze landwirtschaftlichen und bäuerlichen Lebens waren. In Blankenheim ist es nun möglich, interessante, vielleicht aber auch überraschende Einblicke in das alltägliche Leben eines Mythos Einsicht zu erhalten: Die Römervilla bietet ein Erlebnis für Jung und Alt, Familie und Single. Die Römervilla aus dem 1. Jahrhundert wurde in Teilen wieder neu aufgebaut und rekonstruiert, die Original-Monumente wurden restauriert und konserviert sowie durch einen umfassenden Schutzbau vor Wind und Wetter geschützt. So stellt die Villa ein Schmuckstück Blankenheims dar, das sich malerisch in die Landschaft einfasst und zusammen mit vielen Attraktionen Blankenheims einen weiteren Tourismusmagneten darstellt.

weise der „Ureinwohner“, brachten aber auch die eigene Kultur mit und richteten Thermen, Aquädukte aber auch Gutshöfe ein, die sogenannten Römervillen, ein, die Schauplätze landwirtschaftlichen und bäuerlichen Lebens waren. In Blankenheim ist es nun möglich, interessante, vielleicht aber auch überraschende Einblicke in das alltägliche Leben eines Mythos Einsicht zu erhalten: Die Römervilla bietet ein Erlebnis für Jung und Alt, Familie und Single. Die Römervilla aus dem 1. Jahrhundert wurde in Teilen wieder neu aufgebaut und rekonstruiert, die Original-Monumente wurden restauriert und konserviert sowie durch einen umfassenden Schutzbau vor Wind und Wetter geschützt. So stellt die Villa ein Schmuckstück Blankenheims dar, das sich malerisch in die Landschaft einfasst und zusammen mit vielen Attraktionen Blankenheims einen weiteren Tourismusmagneten darstellt.



ANSPRECHPARTNERIN

Carolin Salmon,
Leitung Ressort Tourismus
Rathausplatz 16, 53945 Blankenheim
Tel. 02449 87224
E-Mail: CSalmon@Blankenheim.de



FOTO: SACHA BARTZ/PIXELO.DE



DAS BEISPIEL DER STADT REES

Touristische Potenziale erkennen und touristisches Profil stärken

Zur Stadt:

Rees liegt im Nordwesten des Landes Nordrhein-Westfalen, im rechtsrheinischen Teil des Kreises Kleve, Regierungsbezirk Düsseldorf. In den acht Ortsteilen leben aktuell rund 21.500 Menschen.

Mit dem Niedergang der Pfeifen- und Tabak- sowie der Ziegelindustrie stand die ländlich gelegene Stadt Rees in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts am Beginn eines erheblichen Strukturwandels. Die Verantwortlichen aus Rat und Verwaltung erkannten schnell das touristische Potenzial ihrer Stadt und setzten insbesondere auf die prädestinierte Lage am Rhein mit der Rheinpromenade, die erlebbare Stadtgeschichte und den Fahrradtourismus. Seither wurden das touristische Profil kontinuierlich geschärft und auch die Angebote für Besucher und Touristen immer weiter ausgebaut. Heute kommen jährlich über 600.000 Tagestouristen in die Stadt und die Übernachtungszahlen sind seit dem Jahr 2000 um fast 500 Prozent angestiegen.

Mit der umfassenden Sanierung und Umgestaltung des gesamten historischen Stadtkerns (Wohnumfeldverbesserung) wurde bereits in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts der Grundstein für die touristische Entwicklung der Stadt Rees gelegt. Die Stadt gewann schnell an Attraktivität und sowohl Besucher als auch Touristen entdeckten das „Schatzkästchen“ am Niederrhein für Ausflüge und Urlaubsaufenthalte.

Hauptanziehungspunkte sind nach wie vor der Rhein und die Rheinpromenade. Vor Jahren im Rahmen von Hochwasser-





FOTOS: STADT REES



Die Sehenswürdigkeiten in und um Rees lassen sich perfekt per Rad erkunden. Auch für Wohnmobile gibt es Platz.

nahmen realisiert, um die Attraktivität für Radfahrer weiter zu verbessern.

Abgerundet wird das touristische Angebot in Rees durch das vielfältige Kultur- und Freizeitprogramm. Das städtische Koenraad-Bosman-Museum und der Skulpturenpark, der Ausgangspunkt für die Skulpturenroute durch die Ortsteile ist, lassen ebenso wenig Langeweile aufkommen, wie ein breites Spektrum an Veranstaltungen für Jung und Alt.

ANSPRECHPARTNER



Christoph Gerwers,
Bürgermeister der Stadt Rees
Markt 1, 46459 Rees
Tel. 02851 51-144, Fax: 02851 51-915
E-Mail: buergermeister@stadt-rees.de
www.stadt-rees.de



DAS BEISPIEL DER GEMEINDE ALTENMÜNSTER

Vielfältige Landschaft mit dem Fahrrad entdecken

Zur Gemeinde:

Die Gemeinde Altenmünster mit ihren knapp 4000 Einwohnern liegt 30 Kilometer westlich von Augsburg in Bayerisch-Schwaben zwischen Augsburg/München und Ulm/Stuttgart.

Die reizvolle Landschaft im ursprünglichen Zusamtal und einer Vielzahl von begleitenden Bachtälern im „Naturpark Augsburg Westliche Wälder“ in Kombination mit der Nähe zur A8 lassen eine Ausrichtung auf Fremdenverkehr als sinnvoll erscheinen.



Kneippbecken am Zusam-Radweg bei Zusamzell

schutzmaßnahmen saniert, lädt die Promenade heute nicht nur zum Spazieren ein, sondern ist auch Ausgangspunkt für Touren mit dem Fahrgastschiff „Stadt Rees“ oder der Rheinfähre „Rääbe Pöntje“.

Der historische Stadtkern mit dem großen Marktplatz wurde vor zwei Jahren barrierefrei umgebaut und von parkenden Autos befreit. Er bietet nun gute Voraussetzungen für ein vielseitiges gastronomisches Angebot und Einkaufsmöglichkeiten.

Aber auch die Geschichte der Stadt Rees ist für Touristen von größtem Interesse. Mit der mittelalterlichen Stadtumwehrung, den zahlreichen historischen Gebäuden und Bauwerken wie etwa dem Zoll- oder dem Mühlenturm, den unterirdischen Kasematten und verschiedenen weiteren historischen Zeugnissen wird die Reeser Geschichte richtig erlebbar.

Der Radtourismus ist ein weiterer bedeutender Teil des touristischen Profils der in typisch niederrheinischer Landschaft gelegenen Stadt. Besonders in den letzten 15 Jahren wurden die ohnehin schon guten Rahmenbedingungen kontinuierlich optimiert, was im Jahre 2008 mit der Verleihung des Prädikats „Fahrradfreundliche Stadt“ honoriert wurde. Neben dem Bau von Deichkronenradwegen wurden etwa Radrouten erarbeitet und ausgeschildert, eBike-Ladestationen errichtet und verschiedene weitere bauliche wie straßenverkehrsrechtliche Maß-

Das Gelände der ehemaligen Brauerei samt Brauhaus kam im Jahre 2004 in die Hand der Gemeinde. 2009 bis 2014 wurde mit Mitteln der Städtebauförderung das in der Ortsmitte neben Kirche und Rathaus gelegene Brauhaus Altenmünster durch die Gemeinde saniert und umgebaut in einen Landgasthof mit etwa 30 Betten. Die weitere Entwicklung der gemeindlichen Flächen in der Ortsmitte wird diese Nutzung unterstützen. Am Rande des Gewerbegebietes Altenmünster, mit Blick ins Zusamtal, das Tal des Weldishofer Baches und die an den Talrändern gelegenen Waldgebiete, errichtete in den Jahren 2013 und 2014 ein privater Investor einen Wohnmobilpark mit 50 Stellplätzen. Als Naturheilpraxis mit verschiedenen Therapien sowie als Gäste- und Seminarhaus mit Kurs- und Ausbildungsangebot betreibt ein Heilpraktiker-Ehepaar das erworbene Seminarhaus „Maria Ward“.

Zwei Schullandheime weisen hohe Übernachtungszahlen auf, besonders das „Bruder-Klaus-Heim“ mit Volkssternwarte und Eichholzsee der Diözese Augsburg im Wallfahrtsort Violau. Ein Schullandheim der Stadt Augsburg befindet sich in Zusamm, direkt an der Zusam.



Wohnmobilpark mit etwa 50 Stellplätzen



Maria Ward Haus für Seminare und Übernachtungen

Altenmünster liegt an einem attraktiven Radwegenetz, das in den letzten Jahren mit dem Bau von vier Radwegen ergänzt wurde und demnächst mit fünf weiteren Radwegen vervollständigt werden soll. Im Bayernnetz für Radler ist die Gemeinde bereits als Radwegeknoten dargestellt.

Demnächst erfolgt ein Ausbau der Internet-Aktivitäten in Sachen Tourismus, die öffentliche Darstellung durch die Gemeinde wird forciert.



ANSPRECHPARTNER

Bernhard Walter, Erster Bürgermeister,
Gemeinde Altenmünster
Rathausplatz 1, 86450 Altenmünster
Tel. 08295 9690-0, Fax 08295 9690-40
E-Mail:
Bernhard.Walter@altenmuenster.de

VI Energiewende – Last und Lust

So vielfältig wie der ländliche Raum ist, so zahlreich sind die Herausforderungen im energiepolitischen Bereich, vor denen viele Gemeinden und die Menschen im ländlichen Raum stehen. Die Energiewende räumt den erneuerbaren Energien einen hohen Stellenwert ein, was zu einer weiteren Diversifizierung der Energieversorgung führen wird, die vor allem den ländlichen Raum betrifft. Denn regenerative Energie wird heute zu einem großen Teil in ländlichen Räumen produziert. Attraktivität und Lebensqualität sind genauso wie regionale Wertschöpfung mit einer an den jeweiligen Erfordernissen angepassten Energie- und Wärmeversorgung verbunden. Dies findet seinen Ausdruck in einer Vielzahl von Energie- und Klimaschutzkonzepten, in denen auf eine nachhaltige und ressourcenschonende Energie- und Wärmeversorgung gesetzt wird und die lokale und regionale Wertschöpfungseffekte erzeugen. Die Diskussion um die Auswirkungen von Windrädern auf das Wohnumfeld und die Naturlandschaften sowie die Skepsis der Menschen gegenüber lokalen Klimaschutzinitiativen zeigen aber auch, dass vor Ort viel Überzeugungsarbeit geleistet werden muss.



FOTO: ELXENBEZE/SHUTTERSTOCK.COM



Stadt Gummersbach

DAS BEISPIEL DER STADT GUMMERSBACH (ORTSTEIL LIEBERHAUSEN)

CO₂-neutrale Wärmeversorgung

Zur Stadt:

Die Stadt Gummersbach hat rund 50000 Einwohner und ist Kreisstadt des Oberbergischen Kreises. Eingebettet in die Mittelgebirgslandschaft des Bergischen Landes liegt die Stadt etwa 50 Kilometer östlich von Köln und etwa 100 Kilometer südlich der Großstädte des Ruhrgebietes. Das Stadtgebiet umfasst 75 Stadtteile, davon die größten mit über 5000 Einwohnern, der kleinste mit unter zehn. Das Dorf Lieberhausen hat rund 350 Einwohner.

Im Vorstand des örtlichen Heimatvereins wurde im Herbst 1997 das Thema „Nutzung regenerativer Energien“ erstmals aufgegriffen. Man wollte eine zukunftsorientierte Technik und das Dorf von den fossilen Energieträgern weitestgehend unabhängig zu machen.

Nach Auswertung aller verfügbaren Informationen wurden eine Informationsveranstaltung zum Heizen mit Holz sowie zwei Informationsfahrten (1998) zu bestehenden Holzheizwerken durchgeführt. So konnte durch das persönliche Erleben die Zahl der Skeptiker merklich reduziert werden: die Jahreshauptversammlung des Heimatvereins beschloss die Erstellung einer Machbarkeitsstudie für ein Holzheizwerk in Lieberhausen. Auf Grundlage der Studie wurden mit Hilfe der Energieagentur NRW verschiedene Betreibermodelle erörtert. Dann folgten: (1) Erarbeitung eines Tarifs und der Anschlussbedingungen für die künftigen Wärmeabnehmer, (2) Abstimmungsgespräche mit den Genehmigungsbehörden, (3) Sicherung der Überleitungsrechte (Straßen und Grundstücke), (4) Klärung von Finanzierungs- und Förderungsmodalitäten.

In der „historischen“ Bürgerversammlung, Anfang Februar 1999, wurde das Gesamtkonzept der überwiegend interessierten Bevölkerung vorgestellt. Innerhalb von nur 14 Tagen wuchs die Zahl der anschlusswilligen Haushalte, so dass die Kalkulationsgrundlagen erfüllt wurden. Am 22. April 1999 wurde die Energiegenossenschaft Lieberhausen eG gegründet.

Für den Standort des Heizwerkes, den die Stadt Gummersbach der Genossenschaft auf Erbpachtbasis überlassen hat, wurde ein Bebauungsplan (VEP) erstellt. Zur Sicherung der Finanzierung übernahm die Stadt eine Ausfallbürgschaft. Ein renommiertes deutsches Planungsbüro wurde mit der Gesamtkoordination beauftragt. Nach umfangreicher Auswertung der am Markt verfügbaren Technologien entschied man sich für einen nordrhein-westfälischen Hersteller von Holzfeuerungsanlagen.

Zu den Abnehmern gehören neben denkmalgeschützten Altbauten, Niedrigenergiehäusern aus Stein wie aus Holz, auch ein Landgasthof sowie die weit über die Grenzen des Oberbergischen hinaus bekannte Ortskirche (Bunte Kerke), eine Mehrzweckhalle und auch das Feuerwehrgerätehaus.



Brennraum



Brennstofftransport



Hausübergabestation



Kesselhaus

FOTOS: © ARCHITEKT KARL-HEINZ AHL BERGNEUSTADT

Ende September 2001 lag die Zahl der angeschlossenen Häuser bei 44 Einheiten. Bis heute hat sich die Zahl auf 91 erhöht. Weitere sieben Häuser wurden bereits vorsorglich mit einer Fernwärme-Zuleitung versehen.

Mit der Anlage in Lieberhausen, die als Pilotprojekt angesehen wird, wurde ein regionaler und überregionaler Meilenstein für eine CO₂-neutrale Wärmeversorgung im Sinne einer nachhaltigen regionalen Entwicklung gesetzt.

Das Forstamt Waldbröl bewilligte auf der Grundlage der Holzabsatzförderrichtlinie des Landes NRW eine Förderung in Höhe von 500000 Euro, aus Landes- und EU-Mitteln. Das Projekt ist erster Preisträger des Förderpreises für nachwachsende Rohstoffe 2000 des Landes Nordrhein-Westfalen. Mit eigener Solaranlage und eigener fachgerechter Aufbereitung von Holz hackschnitzeln nachgerüstet, wird der Betrieb den modernsten technischen Anforderungen gerecht.

Neben der Wärmeerzeugung ist auch diese in der Satzung verankert. Die EGL beabsichtigt in Kürze in die Kraftwärmeerzeugung über Holz mit einer modular erweiterbaren Anlage einzusteigen. Zunächst für die Eigenstromversorgung des Holzheizwerkes mit dem Ziel, später auch einen Ausbau für das gesamte Dorf zu realisieren. Am Ende soll die völlige Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern stehen. Seit Mai 2000 betreibt die EGL ja schon eine PV-Anlage auf dem Dach der Lagerhalle, Heizwerk und Schützenheim mit insgesamt 50,4 kWp.



ANSPRECHPARTNER

Bernd Rosenbauer
EGL Energiegenossenschaft
Lieberhausen eG
Immertweg 32,
51647 Gummersbach-Lieberhausen
Tel. 02354 903168

DAS BEISPIEL MARKT SCHIERLING

Lokale Energiewende an die Stammtische

Zur Gemeinde:

Der Markt Schierling (Bayern, Regierungsbezirk Oberpfalz) ist mit rund 7500 Einwohnern und derzeit etwa 2300 Arbeitsplätzen das aktive Zentrum im südlichen Landkreis Regensburg in etwa 25 Kilometer Entfernung zur Weltkulturerbe-Stadt Regensburg.

Klimaschutz durch Energiesparen kommt auf Gemeindeebene einer Herkulesaufgabe gleich. Der Markt Schierling – eine kreisangehörige Gemeinde im bayerischen Landkreis Regensburg – setzt auf einen eigenen Klimaschutzmanager. Er sitzt nicht im Büro und wartet auf Kundschaft, sondern er geht offensiv auf die Haus- und Grundstückseigentümer sowie auf die Firmen zu. Er geht an Stammtische, hat um Versammlungstermine bei den Vereinen gebeten, macht Lehrerfortbildung, stellt Schulklassen die Ausstellung zum Klimaschutz vor und bietet selbst interessante Vorträge zu Klimaschutz- und Energiesparmaßnahmen an.

Diplom-Ingenieur Franz Hien vom Markt Schierling ist derzeit der einzige Klimaschutzmanager, den sich eine Gemeinde im Landkreis Regensburg leistet. Gefördert wird sein Gehalt durch das Bundesumweltministerium, das damit wiederum eine Initiative des Deutschen Bundestages umsetzt. Die Voraussetzung dafür war ein Klimaschutzkonzept, das vom Marktgemeinderat Schierling schon 2013 beschlossen wurde. Es sieht vor, dass das Einsparen von Energie vor der Erzeugung von Energie aus alternativen Rohstoffen kommt.

„Ich werde rund sechs- bis achtmal pro Woche von Privatpersonen für eine Beratung angefragt. Das geht dann von kleinen allgemeinen Anfragen, wie man denn im eigenen Haushalt Strom und Wärme sparen könnte, bis zur Planung eines neuen Wohnhauses, wo man die Basis für den Energieverbrauch der kommenden 50 und mehr Jahre festlegt.“, sagt Franz Hien. Er kooperiert dabei oft mit der Energieagentur Regensburg. Der Markt Schierling und der Landkreis Regensburg finanzieren nämlich einen Beratungsgutschein im Wert von 200 Euro für alle Interessenten, die etwas zum Energiesparen unternehmen wollen.



In der Ausstellung zum Thema Energiesparen in Schierling werden viele Fragen beantwortet



Die öffentliche Elektro-Tankstelle am Rathaus

Die Schierlinger Erfolge können sich durchaus sehen lassen: Schon vor Jahren wurde die Kläranlage so umgebaut, dass jährlich etwa 400000 Kilowattstunden Strom gespart werden. Der Kindergarten St. Michael wurde energetisch saniert mit der Folge einer 80 prozentigen Energieeinsparung. Für die teilweise Beheizung der Schule Schierling gibt es ein Contracting-System und im gemeindlichen Wohnhaus wurde ein Mini-Blockheizkraftwerk installiert. Eine öffentliche Elektro-Tankstelle ist am Rathaus installiert und ein geleastes Elektrofahrzeug steht für die Mitarbeiter bereit.

Die ersten vom Klimaschutzmanager bearbeiteten Themen waren der Umbau der Heizung in der Schule Eggmühl auf eine Hackschnitzelheizung, womit der CO₂-Ausstoß um mehr als 92 Prozent reduziert werden kann. Auch dafür wird eine Förderung durch den Bund erwartet.

Der Klimaschutzmanager, der an die Stammtische geht, ist optimistisch: „Ich bin mir sicher, dass hier in zehn bis 15 Jahren so gut wie keine Ölheizung mehr in Betrieb ist, vorausgesetzt der weiteren gute Aufklärungsarbeit im Markt Schierling“, sagt er. Das gleiche gelte auch für die Elektromobilität, die momentan sehr stark im Kommen ist. „Das heißt, alle Ziele die auf 100 Prozent Erfüllung ausgerichtet sind, werden kurzfristig nicht erreicht werden können, langfristig aber werden sie sicher zu 98 Prozent erreicht.“ Dem Mann ist zu wünschen, dass er Recht behält.



ANSPRECHPARTNER



Christian Kiendl, Erster Bürgermeister
Markt Schierling
Rathausplatz 1, 84069 Schierling
E-Mail: c.kiendl@schierling.de
www.schierling.de



Franz Hien,
Klimaschutzmanager
Rathausplatz 1, 84069 Schierling
E-Mail: f.hien@schierling.de

VII Mission Medizin

Deutschland verfügt über ein leistungsfähiges Gesundheitssystem. In circa einem Drittel aller Planungsbereiche gibt es aber eine Unterversorgung, insbesondere fehlt es dort an Hausärzten. Deshalb sollte es einen Rechtsanspruch der Kommunen gegenüber den kassenärztlichen Vereinigungen auf Sicherstellung der Versorgung geben. Unabhängig davon werden viele Städte und Gemeinden bereits jetzt durch kreative Lösungen aktiv. Sie betreiben ein Standortmarketing mit Blick auf junge Mediziner, etwa indem sie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern – ein Umstand der für junge Ärztinnen und Ärzte und ihre Partner immer wichtiger wird. Finanzielle Anreize für Mediziner, aber auch die Voraussetzungen für die Telemedizin sind weitere Beispiele.



DAS BEISPIEL DER GEMEINDE BÜSUM

Das Modell der Gemeinschaftspraxis für den ländlichen Raum

Zur Gemeinde:

Büsum liegt an der Nordseeküste in Schleswig-Holstein und gehört mit seinen 4900 Einwohnern eher zu den ländlichen Regionen in Deutschland. Als attraktiver Badekurort ändert sich die Bevölkerungszahl in den Sommermonaten durch die über 200000 Übernachtungsgäste erheblich.

FOTOS: JÖRG TRAMPERT, RALF KOHL/PIXELIO.DE



Aufgrund der saisonbedingten schwankenden Bevölkerungszahlen arbeiteten im Jahr 2014 fünf niedergelassene Hausärzte in Büsum, die auch badeärztlich tätig waren. Alle fünf Hausärzte waren in Einzelpraxis tätig und hatten mit einem Durchschnittsalter von 62 Jahren Sorgen um die Praxisnachfolge.

Diese Sorge teilte die Gemeinde Büsum, denn die hausärztliche Versorgung gehört natürlich untrennbar zu einem Badekurort, der traditionell eher von einer älteren Bevölkerungsschicht besucht wird.

Gemeinsam mit der Ärztenossenschaft Nord eG (ÄGN) entwickelte die Gemeinde Büsum unter Beteiligung eines Koordinators des Kreises Dithmarschen ein Konzept zur Zusammenführung von vier der fünf Hausärzte in eine Gemeinschaftspraxis. Der Clou an der Idee ist, dass die hausärztliche Gemeinschaftspraxis durch die Gemeinde Büsum in der Rechtsform einer gGmbH als Kommunale Eigeneinrichtung geführt werden sollte. Schnell wurde klar, dass sowohl die Hausärzte als auch die Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein (KVSH) sich für diese Idee begeistern könnten. Die Voraussetzungen waren insofern optimal, weil die Hausärzte bereits damals in einem Ärztehaus arbeiteten.

Im nächsten Schritt wurde ein Businessplan für das Projekt entwickelt und Vorverträge mit vier der fünf Ärzte geschlossen. Nachdem die KVSH dem Projekt zugestimmt hatte, wurde das Gebäude durch die Gemeinde Büsum erworben und die gGmbH gegründet.

Das Management der Eigeneinrichtung wurde über einen Managementvertrag an die ÄGN übertragen, die dann für die gGmbH Anstellungsverträge für die Ärzte und die Praxismitarbeiterinnen verhandelt und abgeschlossen hatte.

Am 1. April 2015 hat die Ärztezentrum Büsum gGmbH die Patientenversorgung aufgenommen. Die Herausforderungen bestehen in der Zusammenführung der vier Einzelpraxen zu funktionierenden Ärzte- und Mitarbeiterinnenteams sowie der Umbau im laufenden Praxisbetrieb zu einem modernen Ärztezentrum der Gemeinde Büsum.

In weiteren Schritten wird in die vorhandenen Räume eine Apotheke integriert. Bereits in Planung ist ein Anbau für eine Physiotherapiepraxis sowie ein Unternehmen zur häuslichen Krankenpflege. Vorstellbar ist darüber hinaus, Fachärzte (Augenarzt, HNO-Arzt) für das Angebot zeitlich befristeter Sprechzeiten in der gGmbH zu gewinnen.

Ärztezentrum
Büsum gGmbH 



Eröffnungsfeier: Harald Stender, Gabriele Landberg, Thomas Rampoldt, Dr. med. Arno Lindemann, Georg Klemm, Brigitte Widderich, Volker Staats, Dr. med. Johann Tratzmiller, Kim Ehmke, Susanne Klug, Angelina Brandt, Regina Lutz, Denise Christens, Yara Heuer, Peter Schoof (von links nach rechts)

Nach Fertigstellung im Frühjahr 2016 wird die Gemeinde Büsum über eine zukunftsorientierte ambulante Gesundheitsversorgung für ihre Bürger und die tausenden von Touristen verfügen und in der Region Wattenmeer zusätzlich an Attraktivität gewonnen haben.

Zudem kann Büsum jungen Ärztinnen und Ärzten Rahmenbedingungen bieten, die neben flexiblen Arbeitsbedingungen auch einen hohen Freizeitwert beinhalten und somit die medizinische Versorgung langfristig sichern.



ANSPRECHPARTNER

Thomas Rampoldt, Geschäftsführer
 Ärztezentrum Büsum gGmbH i.G.
 Westerstraße 30, 25761 Büsum
 Tel. 04834 965870-0
 Fax 04834 965870-19
 E-Mail: kontakt@ärztezentrum-büsum.de
 www.ärztezentrum-büsum.de



DAS BEISPIEL MARKT SCHIERLING

Fachärzte aufs Land gebracht

Zur Gemeinde:

Der Markt Schierling (Bayern, Regierungsbezirk Oberpfalz) ist mit rund 7500 Einwohnern und derzeit etwa 2300 Arbeitsplätzen das aktive Zentrum im südlichen Landkreis Regensburg in etwa 25 Kilometer Entfernung zur Weltkulturerbe-Stadt Regensburg.

Das „Modell Schierling“ sorgt inzwischen in Bayern für Aufsehen – vor allem weil die medizinische Ansiedlungspolitik die Marktgemeinde kaum Geld gekostet hat. Auch staatliche Förderprogramme kamen bisher nicht zum Tragen.

In der Gemeinde haben sich neben Allgemeinärzten, Zahnärzten, einem Frauenarzt, einer Praxis für psychosomatische Medizin und Psychotherapie auch Filialen eines Augenarztes, Orthopäden sowie Hals-Nasen-Ohrenarztes angesiedelt. Hinzu kommen zwei Apotheken sowie – ebenfalls neu – ein Sanitäts- haus und Hörgeräteakustiker.

Der Markt Schierling hat für die ärztliche Versorgung ein günstiges Umfeld geschaffen und für die Ansiedlung weiterer Praxen enorme Anstrengungen unternommen. Ein breitgefächertes Zukunfts-Entwicklungskonzept ist beschlossen, gute Infrastruktur ist vorhanden und es gibt ein aktives Gemeindeleben. „Wir haben eine Gesamtstrategie zur Stärkung des Ortskerns“, betont Bürgermeister Christian Kiendl. Schierling setzt kompromisslos auf die Strategie der kurzen



„Nur Positive Erfahrungen“ in der Schierlinger Dependance

Wege. Im Ortskern findet sich alles, was wichtig ist. Rathaus, Geschäfte, die Sparkasse, Kinderbetreuungseinrichtungen und das Seniorenheim. Ein Supermarkt am Ortsrand wurde abgewehrt. Nun wird das Lebensmittelgeschäft im Zentrum gebaut. Bürger wurden in Zukunftskonferenzen, Planungswerkstätten und Expertenrunden eingebunden. Für junge Familien gibt es günstiges Bauland und günstige Kindergartenplätze: Seit dem Jahre 2003 werden unverändert 42 Cent pro Betreuungsstunde fällig – das sind bei fünf Stunden pro Tag rund 45 Euro im Monat. Für die Kinderkrippe zahlen Eltern rund 85 Euro im Monat. Es ist ein Umfeld, in dem sich auch Filialärzte nicht über mangelnden Zulauf beklagen müssen.

Der bayerische Gemeindetags-Chef Dr. Uwe Brandl, Bürgermeister in Abensberg (Landkreis Kelheim), zollt Kiendl Respekt. „Das ist zwar keine Lösung für alle, aber es ist eine Lösung für viele Gemeinden.“ Annette Karl, Weidener Landtagsabgeordnete und Expertin für den ländlichen Raum, beeindruckt ebenfalls, wie sich Schierling dem vorherrschenden Abgesang auf Facharztpraxen auf dem Land erfolgreich verweigert. „Es zeigt sich: Wenn man aktiv die Zukunft gestaltet, strahlt das auch aus.“, sagt sie.

„Meine Erfahrungen sind nur positiv. Die Praxis war vom ersten Tag an gut frequentiert“, sagt Professor Gerhard Hasenfratz, der vor dreieinhalb Jahren in Schierling die erste Dependance eröffnet hat. Die Stammpraxis – die Augenklinik Regensburg am Krankenhaus der Barmherzigen Brüder – hat er inzwischen an Nachfolger übergeben, in Schierling aber praktiziert er weiter. Am Mittwochnachmittag und am Freitagvormittag empfängt er Patienten. Ein Modell, das Begehrlichkeiten weckt. Die Augenklinik erreichte kürzlich eine weitere Anfrage aus dem Landkreis Regensburg.



ANSPRECHPARTNER

Christian Kiendl,
 Erster Bürgermeister Markt Schierling
 Rathausplatz 1, 84069 Schierling
 E-Mail: c.kiendl@schierling.de
 www.schierling.de

VIII Wirtschaftswunder Land

Der Anteil der Landwirtschaft an der Wertschöpfung und an den Arbeitsplätzen in Deutschland geht seit Jahrzehnten kontinuierlich zurück. Etwa jeder Dritte der rund 285 000 landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland hat neben der Landwirtschaft weitere Einkommensalternativen. Die Landwirtschaft hat aber nach wie vor eine große Bedeutung für den ländlichen Raum. Sie prägt seine Geschichte und seine Erscheinung und ist ein erheblicher Wirtschaftsfaktor, sowohl bei der Produktion von Lebensmitteln als auch in anderen Bereichen, etwa bei Tourismus und Energie. Wirtschaft im ländlichen Raum ist aber nicht nur Landwirtschaft. Die Mehrheit der Betriebe in Deutschland ist heute im ländlichen Raum angesiedelt. Hier besteht die Herausforderung für Kommunen darin, trotz des Strukturwandels ein guter Gewerbestandort zu sein, um für neue Betriebe attraktiv zu sein und bereits ansässiges Gewerbe zu halten. Hier zählt es für Kommunen, innovativ zu sein und vorhandene Potenziale etwa durch lokale und regionale Lösungen zusammen mit Handwerk und anderen Gewerbetreibenden auszuschöpfen.



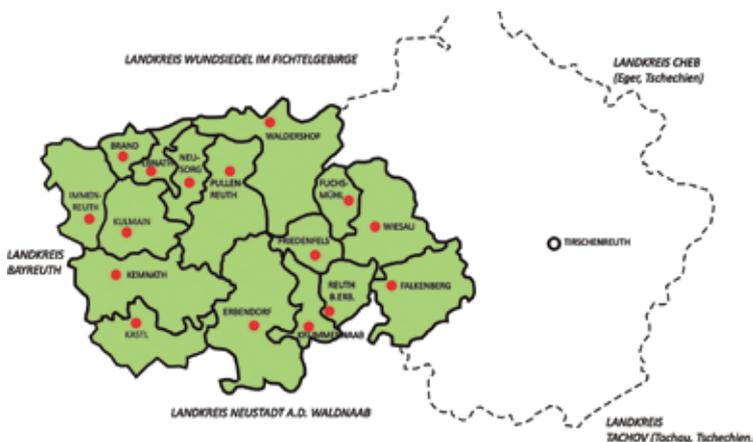
DAS BEISPIEL DER STEINWALD-ALLIANZ

Gemeinsam die Region voranbringen –
Ökomodellregionen

Zur Region:

Das Gebiet der Steinwald-Allianz mit seinen 16 Städten und Gemeinden rund um den Naturpark Steinwald im Norden des Regierungsbezirkes Oberpfalz in Bayern gilt aufgrund der Lage als Grenzland und überwiegend strukturschwache Region. Zwischen dem Fichtelgebirge im Nordwesten und dem Oberpfälzer Wald im Osten gelegen, herrschen für die Landwirtschaft in der Region ungünstige klimatische Bedingungen bei weit unter dem Durchschnitt liegenden Bodenqualitäten.

Die Bedeutung der Landwirtschaft in der Region ist dabei sehr hoch – sowohl beim Anteil an der Bruttowertschöpfung (3,1 %) als auch beim Anteil der Erwerbstätigen (6,9 %) belegt die Region der Steinwald-Allianz Spitzenplätze in Bayern. Eine Verschärfung des Strukturwandels in der Landwirtschaft mit allen Auswirkungen auf die Beschäftigungszahlen und das Landschaftsbild hätte in ländlichen Regionen wie der der Steinwald-Allianz gravierende Auswirkungen. Der Ökolandbau mit seiner



Staatsminister Brunner überreichte die Urkunde zur anerkannten bayerischen Ökomodellregion

Flexibilität und einer naturnahen Bewirtschaftungsform, gepaart mit einer hohen Nachfrage der Verbraucher, kann diesen Strukturwandel gestalten und Arbeitsplätze erhalten.

Gemeinsam die Region voranbringen – mit diesen knappen Worten lässt sich die Arbeit der Steinwald-Allianz beschreiben. Seit zwölf Jahren verfolgen die Kommunen der Allianz mit zahlreichen interkommunalen Projekten nun schon dieses Ziel. Als eine von bisher zwölf anerkannten bayerischen Ökomodellregionen arbeitet die Steinwald-Allianz seit Herbst 2014 intensiv mit am ganzheitlichen Ansatz der Bayerischen Staatsregierung, den Ökolandbau in Bayern zu fördern. Unterstützung erfährt der Zweckverband dabei vom Amt für Ländliche Entwicklung Oberpfalz.

Das initiierte Bayerische Landesprogramm „BioRegio Bayern 2020“ beinhaltet als Ziel die Verdoppelung der Bio-Produktion in Bayern bis zum Jahr 2020 und eine stärkere Nachfrage der Verbraucher nach ökologischen Lebensmitteln aus regionaler Produktion. Die anerkannten Ökomodellregionen sind Teil des Programms und sollen nach dem „Bottom-up-Modell“ individuelle Ideen entwickeln und umsetzen, welche die Besonderheiten und Strukturen der Regionen berücksichtigen.



Besuch der Ökomodellregion Steinwald durch den bayerischen Landtag

Erfahrene Projektmitarbeiter erarbeiten Ziele und Projekte, die passgenau auf die Ökomodellregion Steinwald abgestimmt sind. Arbeitskreise mit Landwirten und Vermarkter, Bio-Kochkurse für die interessierte Öffentlichkeit und die innovative Entwicklung neuer Bioprodukte (z.B. Topinambur-Pralinen) sind nur einige Beispiele. Ökolandwirte und an der Umstellung interessierte Landwirte können sich zum Anbau von Sonderkulturen und zur Wiedereinführung des „Roten Höhenviehs“, einer alten heimischen Hausrindrasse mit bester Fleischqualität, informieren. Die „Friedenfelder Betriebe“ etwa stellen als Modellbetrieb 130 Hektar landwirtschaftliche Fläche auf Ökolandbau um, legen laufend alle Erfahrungen damit offen und schaffen mit einem Bio-Lagerhaus beste strukturelle Voraussetzungen einer Wertschöpfungskette in der Region.



Das Rote Höhenvieh, eine alte Hausrindrasse vor allem der Mittelgebirgsregionen

Nach dem Motto „Aus der Region für die Region“ versetzt die Ökomodellregion die Steinwald-Allianz mit ihren 16 Mitgliedsgemeinden (gesamt 36990 Einwohner, Fläche etwa 490 Quadratkilometer) in die Lage, weitere Anstrengungen, Überzeugungs- und Netzwerkarbeit für den Ökolandbau zu leisten – für eine intakte, touristisch interessante Natur, für gesunde Lebensmittel und für Arbeitsplätze vor Ort. Eben eine Entwicklung im Sinne der Nachhaltigkeit.



ANSPRECHPARTNER

Hans Donko, Bürgermeister der Stadt Erbdorf, Vorsitzender des Zweckverbandes Steinwald-Allianz
Bräugasse 6, 92681 Erbdorf
Tel. 09682 182219-0
E-Mail: info@steinwald-allianz.de
www.steinwald-allianz.de



DAS BEISPIEL DES MARKTS OBERELSBACH

Umwelt und Natur als Standortfaktor – Wandel hin zur Umweltgemeinde

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des landwirtschaftlichen Strukturwandels setzt sich der Markt Oberelsbach mit seinen Ortsteilen (2715 Einwohner, Stand 31.12.2013) im Norden Unterfrankens und im Zentrum der Bayerischen Rhön zum Ziel, seine überregionale Bedeutung als Umweltgemeinde auszubauen. Neben einem Imagewandel sollen Projekte aus dem Bereich Umweltbildung auch zur Stärkung des Innenbereichs genutzt werden. Bereits 1984 wurde das Naturschutz-Informationszentrum „Lange Rhön“ (heute Informationszentrum „Haus der langen Rhön“ am neuen Standort im Ort) auf Eigeninitiative der Gemeinde und der wildbiologischen Gesellschaft München als erstes seiner Art in Bayern und ohne staatliche Zuschüsse eröffnet. Ziel der Einrichtung ist neben dem Naturschutz auch der Bereich der Umweltbildung. Einen regionalen Bedeutungszuwachs als Umweltgemeinde erfuhr Oberelsbach daneben durch die Ansiedlung des Managementzentrums der Verwaltungsstelle für das UNESCO Biosphärenreservat Rhön als Außenstelle der Regierung von Unterfranken.

Mit der Einrichtung der Umweltbildungsstätte verfestigte der Markt Oberelsbach auch überregional bis international seine Bedeutung als Zentrum der Umweltbildung und des Naturschutzes. Auf dem leerstehenden Gelände der ehemaligen Schule entstand in zentrale Lage eine Bildungseinrichtung mit visionärer Architektur. Neben der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Stärkung des ländlichen Raumes war auch die Steigerung des Tourismus ein zentrales Ziel des Projektes. Durch die frühe Einbindung der Bevölkerung während der Planungsphase entstand eine hohe Akzeptanz des Vorhabens in der Bürgerschaft. So erreicht das Projekt auch eine erhebliche identifikationsstiftende Wirkung.



rhöniversum
Ein Kosmos voller Leben

Die Umweltbildungsstätte Oberelsbach

Das Haus verfügt über 36 Zimmer. Mehrere Tagungsräume mit moderner technischer Ausstattung und die Möglichkeit der Vollverpflegung mit regionaler Kost machen die Einrichtung zu einem idealen Ort für die Umweltbildung von Schulklassen, Hochschulseminaren und anderen interessierten Gruppen.

Da ein Großteil der Umweltbildungsmodule in enger Abstimmung mit Akteuren der örtlichen Handwerker- und Landwirtschaftsbetrieben erarbeitet wurde, sind viele der „Lern- und Tatorte“ vom Haus aus zu Fuß erreichbar. Nachhaltiges Wirtschaften

sowie Tradition und Brauchtum werden hier auf spannende Art mitten in einer intakten dörflichen Struktur erfahrbar. Kreativ, innovativ und altersgerecht werden die Besucher/Innen von ausgebildeten Umweltpädagogen und erfahrenen Handwerksmeistern betreut. Das Programmangebot stellt das UNESCO-Biosphärenreservat in den Mittelpunkt. In dieser Modellregion für eine nachhaltige Entwicklung sind die drei Dimensionen Umwelt, Soziales und Wirtschaft beispielhaft verwirklicht. Außerdem ist die Rhön ein Hotspot der Biodiversität, das heißt, sie bietet vielfältige Lebensräume (Buchenwälder, Bergwiesen, Hochmoore) für zahlreiche seltene Tier- und Pflanzenarten (Birkhuhn, Wildkatze, Trollblume, Orchideen). Auch in der Landwirtschaft sind besondere Tiere, wie zum Beispiel das Rhönschaf, anzutreffen. So ist die Grundidee der UNESCO-Biosphärenreservate, die Wechselwirkung des Menschen mit dem umgebenden Lebensraum, in allen Bildungsmodulen verwirklicht.



ANSPRECHPARTNER

Birgit Erb, Erste Bürgermeisterin
Marktplatz 3, 97656 Oberelsbach
Tel. 09774 9191-0
Fax 09774 9191-25
E-Mail: birgit.erb@oberelsbach.de
www.oberelsbach.de



Bernd Fischer, Geschäftsführer Umweltbildungsstätte Oberelsbach gGmbH
Auweg 1, 97656 Oberelsbach
Tel. 09774 858055-0
Fax 09774 858055-99
E-Mail: oberelsbach@rhoeniversum.de
www.oberelsbach.rhoeniversum.de



DAS BEISPIEL DER GEMEINDE STEINBACH AM WALD

Positive Auswirkungen niedriger Gewerbesteuerhebesätze

Zur Gemeinde:

Die Gemeinde Steinbach am Wald mit ihren 3200 Einwohnern liegt im „Frankenwald“, einem Mittelgebirge, auf etwa 600 Meter üNN. Die Zentren Nürnberg und Leipzig sind 150 und 180 Kilometer entfernt.

Mit dem Amtsantritt des Bürgermeisters Klaus Löffler begann ein bewusst wirtschaftsfreundlicher Kurs. Dabei wurde überlegt, wie den mittelständischen Unternehmen mehr Handlungsspielraum verschafft werden kann, ohne dabei die Einnahmesituation der Gemeinde zu verschlechtern. Eine Stellschraube hierfür wurde im Gewerbesteuerhebesatz identifiziert, weshalb der Gemeinderat beschlossen hat, den Hebesatz ab 2006 von 310

auf 290 v.H. zu senken. Prämisse dabei war, dass diese Senkung nur so lange aufrechterhalten werden kann, wie die Einnahmesituation einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung ermöglicht. Ein Haushalt ohne genehmigungspflichtige Bestandteile wird durch die Rechtsaufsichtsbehörde lediglich zur Kenntnis genommen. Forderungen, die Einnahmemöglichkeiten besser auszuschöpfen, können in

diesem Fall nicht formuliert werden. Seit 2002, also auch nach der ersten Senkung des Hebesatzes, kann die Gemeinde Jahr für Jahr einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Kreditaufnahme vorlegen. Zudem haben sich die Gewerbesteuereinnahmen trotz Senkung auf einem konstant hohen Niveau eingependelt. Der den Unternehmen so verschaffte Spielraum hat offensichtlich dazu geführt, dass ein höheres Maß an Umsatz und Gewinn erzielt werden konnte. Aus dieser Erfahrung heraus hat die Gemeinde in einem zweiten Schritt 2010 den Hebesatz auf den aktuellen Stand von 280 v.H. reduziert. Damit rangiert Steinbach am Wald oberfrankenweit beim Hebesatzranking der kreisangehörigen Gemeinden auf Platz eins und in Bayern bei einem durchschnittlichen Hebesatz von 335,7 v.H. auf Platz acht. Deutschlandweit rangieren wir auf Platz 139 (Durchschnitt 349,8 v.H.). Die Folgen waren durchweg positiv: Die Entlastung führte zu einem Mehr an Investitionen der heimischen Unternehmen, die sich in den vergangenen Jahren auf rund 220 Millionen Euro summieren, und zu einem stabilen Gewerbesteueraufkommen auf einem konstant guten Niveau. Darüber hinaus kann auch ein Zuwachs an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen verzeichnet werden. Trotz der Senkung konnte der Rechtsaufsichtsbehörde auch weiterhin immer ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden.



Die Wehrkirche St. Johannes Baptista in Steinbach am Wald ist eines der Wahrzeichen der Gemeinde



ANSPRECHPARTNER

Klaus Löffler, Erster Bürgermeister der Gemeinde Steinbach am Wald
Ludwigsstädter Straße 2,
96361 Steinbach am Wald
Tel. 09263 9751-11,
Fax 09263 9751-29
E-Mail:
klaus.loeffler@steinbach-am-wald.de
www.steinbach-am-wald.de



DAS BEISPIEL DER MARKTGEMEINDE KINDING (ORTSTEIL HAUNSTETTEN)

„Was sich der Nachbar zutraut, kann ich auch!“

Zur Marktgemeinde:

Der Ortsteil Haunstetten der Marktgemeinde Kinding ist auch auf den zweiten Blick nicht prädestiniert als Gewerbebestandort. Der 450-Einwohner-Ort liegt zwar am geografischen Mittelpunkt Bayerns, sechs Kilometer von der Ausfahrt „Altmühltal“ der A9 entfernt. Um auf die Jurahochebene zu kommen, ist allerdings in Serpentina eine Höhendifferenz von 150 Metern zu überwinden.

Aufgrund naturräumlicher Gegebenheiten (Hochwasser, Landschaftsschutz) ist eine Ausweisung von Gewerbegebieten an der Autobahnausfahrt nicht möglich. Trotzdem wollte die Gemeinde bestehenden Betrieben eine Entwicklung ermöglichen und „Neugründer“ in der Gemeinde halten.

Das Gewerbegebiet Haunstetten entstand, da ein Kfz-Betrieb aus einem Wohngebiet an den Ortsrand ausgesiedelt werden musste. Ein Kleintransportunternehmer und der Inhaber eines Kleinbetriebes, der im Keller eines Wohnhauses seine Firma gegründet hatte, wollten sich anschließen.

Die Gemeinde konnte für ein Gewerbegebiet am Dorfrand die notwendigen Grundstücke sofort erwerben und weitere Flächen von rund 40000 Quadratmetern über langfristig festgelegte Ankaufsrechte sichern. Die Sicherung größerer Flächen über Ankaufsrechte war deshalb wichtig, weil vor allem die Abwasserentsorgung hohe Anfangsinvestitionen erforderte, die nur durch ein größeres Erschließungsgebiet zu finanzieren waren. Durch die Ankaufsrechte war zudem eine Vorfinanzierung der Flächen durch die Gemeinde nicht notwendig.

Mit Unterstützung aus dem Bayerischen Wirtschaftsförderungsprogramm konnte der erste und teuerste Erschließungsabschnitt realisiert werden.

Innerhalb kurzer Zeit kamen zu den drei Betrieben vier weitere hinzu. Inzwischen haben sich noch einmal vier neue Unternehmen angesiedelt. Mit zwei weiteren Betrieben steht die Gemeinde in Verhandlungen. Bei sieben Betrieben handelt es sich um Unternehmer aus Haunstetten, vier kommen aus Nachbarorten. Alle hatten den Betrieb im Nebenerwerb in einer Garage, im Wohnhaus, in der Scheune oder einen kleineren



Gewerbegebiet Westliches Ende



Gewerbegebiet
Haunstetten

Gebäude gegründet und machten sich im Gewerbegebiet Haunstetten erst „richtig selbstständig“.

Derzeit sind in den elf Betrieben 290 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, deren Durchschnittsalter deutlich unter 40 Jahren liegt. Der Schwerpunkt der Branchen liegt beim Maschinenbau (Präzisionstechnik, Entwicklung und Fertigung für Bearbeitungswerkzeuge, Hydraulik) und damit verbundenen Bereichen (Ingenieur-Technische Dienstleistungen). Aber auch andere Branchen sind vertreten: Elektriker, Kfz-Werkstatt, Bauunternehmen, Firma, die Trainingssysteme für die gewerblich-technische Aus- und Weiterbildung entwickelt und herstellt.

Im Ortskern von Haunstetten existieren weitere acht Betriebe mit etwa 25 Mitarbeitern.

Nach Aussage der Unternehmer waren für die Standortwahl folgende Kriterien entscheidend: (1) der günstige Preis (anfangs ca. 10 Euro + Erschließung, derzeit ca. 16 Euro + Erschließung) und die Wirtschaftsförderung, (2) die schnelle Zusage für das Grundstück und Verkaufsabwicklung (Ankaufsrechte), (3) intensive Beratung und Begleitung durch den Wirtschaftsförderer des Landkreises Eichstätt, (4) Erscheinungsbild des Gewerbegebietes (viel Grün, gepflegte Außenflächen), (5) Gewinnung von qualifizierten Arbeitskräften: viele kennen sich, junge Mitarbeiterinnen; Teilzeitarbeitsplätze für Frauen aus dem Ort.

In Dörfern wie Haunstetten gehen relativ häufig gerade junge Leute einem Nebenerwerb nach, zum Teil auch als Hobby. Der nächste Investitionsschritt wird da leichter getan, wenn er im direkten Umfeld und mit überschaubarem Risiko möglich ist. Unternehmerisches Denken ist ansteckend, denn was sich der Nachbar zutraut, kann ich auch!



ANSPRECHPARTNERIN

Rita Böhm, Bürgermeisterin
Kipfenberger Str. 4, 85125 Kinding
Tel. 08467 8401-0
Fax 08467 8401-20
E-Mail: gemeinde@kinding.de
www.kinding.de



DAS BEISPIEL DER GEMEINDE ALTENMÜNSTER

Stabiles Gewerbe durch ortsnahe
Gewerbegebiete

Zur Gemeinde:

Die Gemeinde Altenmünster mit ihren knapp 4000 Einwohnern liegt in Bayerisch-Schwaben zwischen Augsburg/München und Ulm/Stuttgart.

Die Gemeinde geht aktiv den Strukturwandel in Landwirtschaft und Handwerk an. Ziel der Politik im Rathaus ist eine zukunftsorientierte Entwicklung der Gemeinde. Dazu gehört die Bereitstellung von Gewerbeflächen ebenso wie das Angebot attraktiver Wohnbauflächen, beides aus der Hand der Gemeinde.

Der Gemeinde ist es gelungen, verschiedene Firmen in den Gewerbegebieten in drei Ortsteilen anzusiedeln. Nach der Insolvenz einer früheren Bau- und Bauschuttrecycling-Firma im Ortsteil Hennhofen konnte ein Marktführer im Bereich des Baus von Ziegelrollladenkästen angesiedelt werden. Zudem hat die Firma Beck & Heun ihre Belegschaft von zunächst 20 Beschäftigten auf 112 Angestellte erweitert. Zwei örtliche Unternehmen im Bereich Erdarbeiten und Bau-/Betonsanierung wurden auf den Insolvenzflächen angesiedelt. Zwei weitere einheimische Unternehmen aus den Bereichen Energietechnik und Kfz-Handel konnten ihre Entwicklung auf den durch Erweiterung des Gewerbegebietes angefügten Gewerbeflächen vor Ort sichern. Alle vier Betriebe aus der Gemeinde haben die Unternehmensnachfolge vor kurzem geregelt oder sind im Begriff, dies zusammen mit der im Betrieb tätigen nächsten Generation zu tun.



Brauereigaststätte im Gemeindebesitz, saniert, 28 Betten, Städtebauförderung



Gewerbegebiet Altenmünster, für Einzelhandel und Dienstleistung



Gewerbegebiet Hennhofen, innerhalb von zehn Jahren fünf Betriebe mit 150 Beschäftigten

Die Gewerbegebiete in den drei Ortsteilen erlauben zudem eine gewisse Schwerpunktsetzung, sodass die Unternehmen des Baugewerbes und der Energietechnik entsprechend ihrer spezifischen Bedürfnisse von anderen Unternehmen, etwa aus den Bereichen Einzelhandel, Dienstleistung und Tourismus, getrennt werden konnten. Durch die Ansiedlung eines Vollsortimenters mit Tankstelle und Autowaschanlage sowie eines Getränkemarktes im Gewerbegebiet in Altenmünster konnte ein ganz maßgeblicher Beitrag zur Sicherung der Daseinsfürsorge geleistet werden. Die Betriebe ergänzen sich gegenseitig durch ihre verschiedenen Angebote.

Die Bedeutung ortsnaher Gewerbegebiete wird anhand eines örtlichen Unternehmens verdeutlicht, welches aufgrund seiner Lage in einem Wohngebiet in seiner Existenz gefährdet war, aber durch die Perspektive eines Gewerbegebietes gesichert werden konnte. So hat das junge Unternehmen sein Betriebsgebäude inzwischen im Gewerbegebiet in Unterschöneberg errichtet.

Auch in Zusamzell konnte die Existenz eines alteingesessenen Betriebes mit etwa 80 Beschäftigten durch konsequente Bauleitplanung gesichert werden. Die Fa. Holzbearbeitung Kraus wurde vor 60 Jahren in dem Ort gegründet und ist heute in den Bereichen Zulieferung für Wohnwagen und Wohnmobile sowie des gehobenen Einrichtungsbaus tätig. Durch entsprechende Darstellung im Flächennutzungsplan sowie die Verabschiedung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes in seiner Nachbarschaft am nördlichen Ortsrand konnte die positive Entwicklung eines weiteren Unternehmens ermöglicht werden, das seinen Ursprung in der Gemeinde hat.

Aktuell stehen etwa sieben Hektar Gewerbeflächen in drei Gewerbegebieten aus der Hand der Gemeinde für Betriebserweiterungen und -ansiedlungen zur Verfügung.



ANSPRECHPARTNER

Bernhard Walter, Erster Bürgermeister,
Gemeinde Altenmünster
Rathausplatz 1, 86450 Altenmünster
Tel. 08295 9690-0, Fax 08295 9690-40
E-Mail:
Bernhard.Walter@altenmuenster.de

IX Landlust – Freizeit und Lebenskultur auf dem Land

Lebenswerte Orte haben ein breites Freizeit- und Kulturangebot – das gilt in der Stadt und auf dem Land gleichermaßen! Die ländlichen Regionen haben aufgrund ihrer Lage oftmals die besten Voraussetzungen für ein attraktives Lebensumfeld. Nicht zuletzt ziehen deshalb viele „Städter“ aufs Land. Eine Herausforderung besteht allerdings darin, eine Vielfalt zu schaffen, die den Vorstellungen, dem Lebensgefühl und der Selbstverwirklichung der Bewohner gerecht wird. Vielfalt ist Trumpf – sie zu verwirklichen ist bei schrumpfender Bevölkerung, geringer werdenden finanziellen Spielräumen und zunehmender Bürokratie aber zunehmend eine Herausforderung! Vielfach hilft es, gemeindeübergreifende Strukturen zu etablieren, um auch weiterhin das Freizeit- und Kulturangebot aufrechtzuerhalten. Zudem ist in ländlichen Räumen das bürgerschaftliche Engagement gerade in den Dorfgemeinschaften häufig ein großer Vorteil. Die Gemeinden können die Bereitschaft der Bürger aktivieren, bedarfsgerechte Angebote zu identifizieren und Angebote im Kultur- und Freizeitbereich mit zu gestalten. Auch spielen vielerorts Vereine, die Feuerwehren, die Landjugend oder die Landfrauen eine wichtige Rolle. Oft kommen die besten und kreativsten Ideen, von engagierten Bürgern. Beklagte Probleme können der Katalysator sein, die oftmals ungenutzten Potenziale zu aktivieren und neue Lösungsansätze zu entwickeln. Dadurch entsteht Lebensqualität, Gemeinschaftsgeist und eine starke Identifikation mit der Gemeinde.



Flusslandschaft
Eider – Treene – Sorge

DAS BEISPIEL DER GEMEINDEN HASELUND, LÖWENSTEDT, NORSTEDT UND SOLLWITT

Gemeindeübergreifend denken und dauerhafte gemeinsame Handlungsstrukturen anstoßen

Zur Region:

AktivRegion Eider-Treene-Sorge, Teil der Kreise Schleswig-Flensburg, Nordfriesland, Rendsburg-Eckernförde und Dithmarschen mit 94 Gemeinden, Schleswig-Holstein.

Einwohner: In den vier Gemeinden insgesamt 2275 Einwohner in der größten zusammenhängenden Flusslandschaft mit den Flüssen Eider, Treene und Sorge.

Die vier nordfriesischen Gemeinden Haselund, Löwenstedt, Norstedt und Sollwitt haben eine gemeindeübergreifende Entwicklungsstudie mit dem Titel „Gemeinsam in die Zukunft“ erarbeitet. Bedarfsveränderungen durch die demografische Entwicklung sollten nicht unbedingt als Nachteil gedeutet werden, sondern auch als eine Chance verstanden werden. Die Erstellung der gemeindeübergreifenden Entwicklungsstudie hatte unter anderem zum Ziel, die Entwicklung dauerhafter gemeinsamer Handlungsstrukturen anzustoßen.

Eine Gemeindegemückerin kümmert sich um die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen; sie machte zum Beispiel den „Gemeindebus“ bekannt. Mit diesem können Bürger, Vereine und Institutionen gemeinsame Fahrten machen, unter anderem werden Fahrten zum Wochenmarkt in Husum ermöglicht. Defizite aus dem Fahrangebot übernehmen die Gemeinden. Sie unterstützen außerdem das Ehrenamt bei der Organisation übergreifender Veranstaltungen und beim gemeinsamen „Vier-Dörfer-Fest“.



Jugendlabor



Zukunft wird wesentlich durch die Jugend gewonnen, deshalb bestimmt die Jugend mit. In Norstedt und Löwenstedt haben sich Jugendgemeinderäte gebildet. Die Jugendlichen konnten sich bereits in einem Workshop Inhalte in die Studie einbringen und ihre Vorstellungen für die kommunalen Entscheider transparent machen. In den Gemeinderäten setzen sie dieses Engagement fort und lernen dabei kommunalpolitische Strukturen kennen.

Die drei Freibäder in den Gemeinden waren nicht in einem attraktiven Zustand. Die Gemeinden haben zusammen die Konsequenzen gezogen: Das Freibad in Löwenstedt wurde geschlossen und das in Haselund modernisiert. Die Gemeinde Löwen-

stedt spart seitdem jährlich etwa 12000 Euro laufende Kosten. Dort wurde stattdessen eine Freizeittfläche mit Grill- und Bouleplatz eingerichtet. Durch die gemeinsame Nutzung stiegen wiederum die Gästezahlen in Haselund von knapp 3000 in 2011 auf 5900 in 2014.

Der Grund für die fast verdoppelte Frequenz ist klar: Die Löwenstedter nehmen das Freibad in Haselund gern an – für beide Gemeinden ein Gewinn.



ANSPRECHPARTNER

Hauke Klünder,
 AktivRegion Eider-Treene-Sorge e.V.
 Eiderstraße 5, 24803 Erfde-Bargen
 Tel. 04333 992494
 E-Mail: kluender@eider-treene-sorge.de



Stadt Gummersbach

DAS BEISPIEL DER STADT GUMMERSBACH (ORTSTEIL HÜLSENBUSCH)

Dorfkneipe „in Bürgerhand“

Zur Gemeinde:

Die Stadt Gummersbach hat rund 50000 Einwohner und ist Kreisstadt des Oberbergischen Kreises. Eingebettet in die Mittelgebirgslandschaft des Bergischen Landes liegt die Stadt etwa 50 Kilometer östlich von Köln und etwa 100 Kilometer südlich der Großstädte des Ruhrgebietes. Das Stadtgebiet umfasst 75 Stadtteile, davon die größten mit über 5000 Einwohnern, der kleinste mit unter zehn. Hülsenbusch hat rund 880 Einwohner und liegt etwa sieben Kilometer vom der Innenstadt entfernt.

Eine Dorfkneipe gehört zu den klassischen Begegnungsorten, an dem soziale und gesellschaftliche Belange des Dorfes thematisiert werden und gemeinschaftliches Handeln und Leben organisiert wird.

Die Gaststätte Jäger im Dorfmittelpunkt von Hülsenbusch, in direkter Nachbarschaft der Kirche gelegen, hat diese Funktion von jeher erfüllt. Von 1906 bis Ende Juni 2014 wurde die Kneipe von Familie Jäger/Flach betrieben. Als die Familie den Betrieb nicht mehr fortführen konnte, wollte die Dorfgemeinschaft den Verlust dieses Treffpunktes nicht hinnehmen.



Viel Zuspruch bei der Beitrittsveranstaltung

FOTOS: ANNE WALK



Seit September 2014 hat Hülsenbusch wieder eine Dorfkneipe – mit ehrenamtlichem Thekenteam

Einige engagierte Bürger haben es übernommen, ein Konzept für eine gemeinschaftsgetragene Fortführung der Kneipe aufzustellen – und umzusetzen.

Nachdem die Nachricht über eine mögliche Schließung im Dorf bekannt wurde, sind die Akteure in folgenden Schritten vorgegangen:

(1) Erste Gespräche mit Besitzern, (2) Idee der Weiterführung der Kneipe, (3) Prüfung verschiedener Rechtsformen, (4) Wirtschaftlichkeitsprüfung mit Brauerei, (5) Koordination mit Behörden und Ämtern, (6) Kontakt zum Genossenschaftsverband, (7) Erstellung der Satzung, (8) Konkretisierung Pacht, Ablauf, (9) Erstellung Fünf-Jahres Wirtschaftsplan, (10) Gründung der Genossenschaft, (11) Beitrittsveranstaltung.

Auf der Beitrittsveranstaltung im Juli 2014 wurden die Schritte im Detail erläutert. Es wurde ausführlich die Rechtsform der Genossenschaft, sowie die erstellte Satzung vorgestellt. Mit Anteilsscheinen im Wert von je 100 Euro und über 130 Mitgliedern konnten dann weit über 10000 Euro aufgebracht werden, die als Grundkapital unter anderem für Erstausrüstung, Anschaffungen, Gründungskosten, Schulungen und Konzession benötigt wurden.

Seit September 2014 wird die Kneipe mit einem 25-köpfigen, ehrenamtlich arbeitenden Thekenteam an fünf Abenden pro Woche betrieben. Eine Kooperation mit einem benachbarten Restaurant (Landhaus Schwarzenberger Hof) hat es ermöglicht, die Palette der Kneipe um ein Speisenangebot zu erweitern.



ANSPRECHPARTNER

Sven Kiebler,
 Vorstandsmitglied Gaststätte Jäger eG
 Tel. 02261 288017

Gaststätte Jäger eG,
 Schwarzenbergerstr. 41,
 51647 Gummersbach-Hülsenbusch
 Tel. 02261 9796011
 E-Mail: ichmachmit@vir2al.de

Herausragen im Reiseland Deutschland



Damit Gäste Sie finden und wiederkommen – wir entwickeln Marketing- und IT-Strategien für Städte und Tourismusregionen.

Buchen Sie bei uns einen Markencheck Ihrer Destination.



FOTO: RAINE STUMPIKELI/IDE

Zentrale Forderungen des DStGB für ländliche Räume

LÄNDLICHE RÄUME ALS INNOVATIONSRÄUME STÄRKEN!

Ländliche Räume haben ein enormes Potenzial für Wirtschaft und Gesellschaft, das auch in Zeiten des demografischen Wandels mehr als bisher aktiviert werden kann. Hierzu gehört eine positive Leitbildentwicklung durch die Kommunalpolitik zusammen mit den Bürgern, die durch Bund und Länder unterstützt werden muss. Es gilt, die Kommunen im ländlichen Raum und ihr Potenzial als Innovationsräume zu begreifen und zu stärken. Die Digitalisierung und die damit einhergehende Dezentralisierung von Produktionsstandorten, eine Energiewende, die den ländlichen Raum von einem nachgeordneten Verbrauchstandort zu einem nachhaltigen Produktionsstandort werden lässt und der Trend zum Kulturtourismus sind Beispiele dafür, dass Wertschöpfung in den ländlichen Räumen gehalten und sogar ausgebaut werden kann. Hierfür müssen die Rahmenbedingungen bei der Sozialen-, der Digitalen- und Verkehrsinfrastruktur stimmen: Von der Kinder- und Schülerbetreuung, die auf moderne Arbeitszeitmodelle zugeschnitten ist über

die schnellen Breitbandanbindungen für die Old- und die New Economy bis hin zu gut ausgebauten Straßen für die Wirtschaft sowie Wander- und Radwegen für den Tourismus!

ENTSCHEIDUNGEN DEZENTRALISIEREN, BÜRGERGESELLSCHAFT AKTIVIEREN!

Die Politik wird die Bürgergesellschaft im ländlichen Raum nur aktivieren können, wenn die Menschen die Chance haben, mitzugestalten. Dies geschieht am besten, indem Entscheidungen dezentralisiert werden. Lokale Initiativen müssen gestärkt und nach dem Bottom-up-Prinzip gefördert werden. Dies gilt besonders für die notwendige, aber nicht immer zielgerichtete Politik der Förderung des ländlichen Raumes durch die EU-, Bund-, und Länderebene. Hierzu sollte der Förderdschungel gelichtet und Entscheidung über die Verwendung von Fördermitteln in die kommunale Hand gelegt werden. Ein hilfreicher Ansatz hierzu sind die so genannten Regionalbudgets mit denen Geldmittel der örtlichen und regionalen Ebene zur Verfügung gestellt werden, über die sie in eigener Verant-

wortung entscheiden können. Das aktiviert lokale Initiativen der Bürgergesellschaft vor Ort. Regionalbudgets bieten Erfolgsaussichten, weil sie besonders für „kleine“ Projekte mit großer Wirkung – wie beispielsweise Dorfläden zur Verbesserung der Nahversorgung – geeignet sind.

KOOPERATIONEN FÖRDERN!

Kommunale Zusammenarbeit bietet die Chance, auch in Zeiten knapper Kassen eine leistungsstarke und attraktive öffentliche Infrastruktur in ländlichen Räumen vorzuhalten. Das Potenzial ist hier noch lange nicht ausgeschöpft. Durch die Bündelung der Kräfte und Ressourcen im Rahmen von interkommunalen Kooperationen bleibt die gemeindliche Handlungsfähigkeit erhalten und die Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Standorte wird vergrößert. Dadurch können Vorhaltekosten für gering genutzte Einrichtungen vermieden werden. Kostensparende Organisationsstrukturen der Kommunen sollten durch Bund, Länder und EU in ihren jeweiligen Programmen nicht behindert werden. Der Gesetzgeber muss im Steuerrecht die interkommunale



Zusammenarbeit zwischen juristischen Personen des öffentlichen Rechts von der Umsatzsteuer befreien. Im Bereich des Wettbewerbs- und Vergaberechts muss die Vergaberechtsfreiheit interkommunaler Kooperationen gesetzlich klargestellt werden. Schließlich sollte der flexible Personaleinsatz zwischen den Kommunen nicht durch umfängliche und teure Erlaubnisverfahren belastet werden.

BREITBAND AUSBAU VORANTREIBEN!

Breitband ist die Grundbedingung für die Teilhabe an der digitalen Welt des 21. Jahrhunderts! Eine schnelle und flächendeckende Breitbandversorgung ist unverzichtbar für die Wirtschaft und das Leben in ländlichen Räumen. Die Verfügbarkeit von schnellen und leistungsstarken Breitbandanbindungen ist ein entscheidender Standortfaktor. Sie ist Voraussetzung für den Erhalt und die Ansiedlung von Unternehmen, aber auch für die Nutzung der Telemedizin, die Wohnortwahl junger Familien, die soziale Netzwerke und Internetangebote nutzen wollen. Tatsächlich ist der ländliche Raum vielerorts immer noch von einer leistungsstarken Breitbandversorgung abgehängt.

Es ist und bleibt vorrangige Aufgabe des Bundes und der Länder, den in der Fläche bestehenden Bedarf an zeitgemäßen Internetanwendungen zu decken. Die öffentliche Förderung muss in diesen Ausbau fließen. Der flächendeckende Ausbau muss Vorrang vor der Veredelung der Kommunikationsinfrastruktur in den Ballungszentren haben. Investitionsbegünstigende regulatorische Rahmenbedingungen müssen den Unternehmen den flächendeckenden Ausbau erleichtern, indem entsprechende Anreize gesetzt werden.

MOBILITÄT INTELLIGENT GEWÄHRLEISTEN!

Die Mobilität der Menschen trotz knapper öffentlicher Ressourcen zu gewährleisten, ist die Daueraufgabe für die Politik im ländlichen Raum. Hierbei gilt es, die klassischen Mobilitätsangebote auch mit Hilfe der Potenziale der Digitalisierung fortzuentwickeln. Im ÖPNV sollte die flächenhafte Gewährleistung von Mobilitätsangeboten im Vordergrund stehen – nicht die Genehmigung von Linien. Richtschnur sollte die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen sein. Dazu müssen die Aufgabenträger in länd-

lichen Räumen berechtigt sein, Dienstleistungsverträge mit Verkehrsunternehmen abzuschließen. Bürgerschaftliches Engagement etwa beim Betrieb von Bürgerbussen muss aktiviert und mit den Chancen der vernetzten Mobilität verbunden werden. Vorhandene Mobilitätsangebote können verbunden und über Sharing-Dienste Verkehrsmittel für möglichst viele Menschen zur Mitfahrt verfügbar gemacht werden. Dadurch kann das Verkehrsangebot insgesamt verbessert werden, indem Verbindungen von Tür zu Tür oder zu Randzeiten realisiert werden.

„GESETZESCHECK LÄNDLICHE RÄUME“ SCHAFFEN!

Erforderlich ist ein „Gesetzes-Check ländliche Räume“. Dieser könnte in das Gesetzgebungsverfahren des Bundes integriert werden. Darin sollen Informationen zur Raumwirksamkeit beabsichtigter Regelungen und Aussagen des Bundes zur „Verträglichkeit“ der Regelungen für ländliche Räume in der Art einer Gesetzesfolgenabschätzung getroffen werden. Vorbild hierfür könnte der Normenkontrollrat sein.

Bisher in dieser Reihe erschienen

No. 131	Mit starken Kommunen die Energiewende zum Erfolg führen!	5/2015
No. 130	Kommunen entlasten, Reformen umsetzen, Infrastruktur-offensive starten – Bilanz 2014 und Ausblick 2015 der deutschen Städte und Gemeinden	1-2/2015
No. 129	Kommunale Impulse generationenübergreifender Arbeit – Hintergründe und Einblicke aus dem Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser	12/2014
No. 128	Erlass der Grundsteuer nach § 33 GrStG	10/2014
No. 127	Städte und Gemeinden bringen Bürger in Bewegung – Bewegungsparcours im öffentlichen Raum	9/2014
No. 126	Windenergieanlagen auf kommunalem Boden – zwischen Ausschreibung und Vergaberechtsfreiheit	9/2014
No. 125	Auslaufende Konzessionsverträge – Ein Leitfaden für die kommunale Praxis – 2. Auflage	7-8/2014
No. 124	Förderung des Radverkehrs in Städten und Gemeinden	6/2014
No. 123	Bevölkerungsschutz in Städten und Gemeinden	6/2014
No. 122	Kommunale Europaarbeit – Strukturen und Arbeitsformen	4/2014
No. 121	Mit Reformen vom Vater Staat zum Bürgerstaat – Bilanz 2013 und Ausblick 2014 der deutschen Städte und Gemeinden	1-2/2014
No. 120	Windenergieanlagen – Strategien zur kommunalen Steuerung und Wertschöpfung – Beispielfälle für die kommunale Praxis	10/2013
No. 119	Konzessionsverträge und Konzessionsabgaben Hinweise für die kommunale Praxis – 3. Auflage	7-8/2013
No. 118	Wirtschaftsförderung – Aufgaben, Organisation und Schwerpunkte der kommunalen Wirtschaftsförderung	7-8/2013
No. 117	Bürgerbeteiligung bei kommunalen Vorhaben und in der Stadtentwicklung	6/2013
No. 116	Städte und Gemeinden gestalten den demografischen Wandel NUR ONLINE VERFÜGBAR	6/2013
No. 115	Besuchersicherheit: Veranstaltungen zeitgemäß umsetzen – Herausforderungen für kleine und mittlere Kommunen	6/2013
No. 114	Strategie: Erneuerbar! – Handlungsleitfaden für Kommunen zur Optimierung der Wertschöpfung aus Erneuerbaren Energien	4/2013
No. 113	Reformkurs einschlagen – Erfolge sichern: Bilanz 2012 und Ausblick 2013 der deutschen Städte und Gemeinden	1-2/2013
No. 112	Demografiefeste Personalverwaltung – Sicherung leistungsfähiger Städte und Gemeinden der Zukunft – Praxisempfehlungen für Städte und Gemeinden mit Blick auf neue Herausforderungen der kommunalen Personalverantwortlichen durch Entwicklungen wie dem demografischen Wandel NUR ONLINE VERFÜGBAR	12/2012
No. 111	Kommunale Handlungsmöglichkeiten beim Ausbau der Windenergie – unter besonderer Berücksichtigung des Repowering <i>(Bestellungen von kostenlosen Print-Exemplaren ausschließlich bei der Kommunalen UmweltAktion U.A.N, Wiebke Abeling, E-Mail: abeling@uan.de)</i>	11/2012

